

Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt,
Dieter Langewiesche (Hg.)

Europa 1848

Revolution und Reform

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger

Zum i
ersten
erarbe
die wi
Rang
Bereic
Herau
Friedr
Würzt
aus ne
gesells
Behan
volutic
Polen
kannte
schenj
mark,
revolu
dern g
versch
Europa
die Pro
Gegen
und N
von z
schied
StraÙe
chen (

Zal
brock
überse
dem It

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Europa 1848 : Revolution und Reform
[Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung].
Dieter Dowe ... (Hg.). - Bonn : Dietz, 1998
(Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte ; Bd. 48)

ISBN 3-8012-4086 X

Copyright © 1998 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
In der Raste 2, D-53129 Bonn
Umschlaggestaltung: Manfred Waller, Reinbek
Die Umschlagabbildung zeigt eine Straßenbarrikade in Berlin.
Druck und Verarbeitung: Kösel, Kempten
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1998

Zum 10
ersten i
erarbeit
die wis
Rang w
Bereich
Herausg
Friedric
Würzbu
aus neu
gesellsch
Behandl
volution
Polen sc
kannte I
schenpo
mark, N
revolutio
dern ge
verschie
Europa
die Prot
Gegenre
und Nati
von zwe
schieden
Straße, G
chen Gr
tion.
Zahlre
brock ha
übersetz
dem Itali

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Europa 1848 : Revolution und Reform
[Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung].
Dieter Dowe ... (Hg.). - Bonn : Dietz, 1998
(Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte ; Bd. 48)

ISBN 3-8012-4086 X

Copyright © 1998 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
In der Raste 2, D-53129 Bonn
Umschlaggestaltung: Manfred Waller, Reinbek
Die Umschlagabbildung zeigt eine Straßenbarrikade in Berlin.
Druck und Verarbeitung: Kösel, Kempten
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1998

Inhalt

<i>Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche</i> Die Revolution in Europa 1848. Reform der Herrschafts- und Gesellschaftsordnung – Nationalrevolution – Wirkungen	11
<i>Roger Price</i> „Der heilige Kampf gegen die Anarchie“. Die Entwicklung der Gegenrevolution	43
<i>I. Zentren der Revolution und der Reform: Ursachen und Verlauf</i>	
<i>Pierre Lévêque</i> Die revolutionäre Krise von 1848-1851 in Frankreich. Ursprünge und Ablauf.....	85
<i>Simonetta Soldani</i> Annäherung an Europa im Namen der Nation. Die italienische Revolution 1846-1849.....	125
<i>Dieter Langewiesche</i> Revolution in Deutschland. Verfassungsstaat – Nationalstaat – Gesellschaftsreform.....	167
<i>Jiří Kořalka</i> Revolutionen in der Habsburgermonarchie.....	197
<i>Hans Henning Hahn</i> Die polnische Nation in den Revolutionen von 1846-49	231
<i>Lothar Maier</i> Die Revolution von 1848 in der Moldau und in der Walachei.....	253
<i>Thomas Christian Müller</i> Die Schweiz 1847-49. Das vorläufige, erfolgreiche Ende der „demokratischen Revolution“?.....	283

<i>John Belchem</i> Das Waterloo von Frieden und Ordnung. Das Vereinigte Königreich und die Revolutionen von 1848	327
<i>Horst Lademacher</i> Niederlande und Belgien. Bemerkungen zu den Ursachen revolutionärer Abstinenz.....	351
<i>Steen Bo Frandsen</i> 1848 in Dänemark. Die Durchsetzung der Demokratie und das Zerbrechen des Gesamtstaates.....	389
<i>Anne-Lise Seip</i> Die Revolution von 1848 in Norwegen.....	421
<i>Göran B. Nilsson</i> Schweden 1848 und danach – Unterwegs zu einem „Mittelweg“	437
 <i>II. Stadt und Land</i>	
<i>Rüdiger Hachtmann</i> Die europäischen Hauptstädte in der Revolution von 1848	455
<i>John Breuilly und Iorwerth Prothero</i> Die Revolution als städtisches Ereignis. Hamburg und Lyon in der Revolution von 1848	493
<i>Karl-Joseph Hummel</i> Zonen der politischen Stille.....	535
<i>Christof Dipper</i> Revolutionäre Bewegungen auf dem Lande: Deutschland, Frankreich, Italien	555
<i>Wolfgang Höpken</i> Die Agrarfrage in der Revolution in Südosteuropa 1848/49.....	587
 <i>III. Revolutionäre Politik und Politik in der Revolution</i>	
<i>Heinrich Best</i> Strukturen parlamentarischer Repräsentation in den Revolutionen von 1848.....	629

Giovanni
Die Rev
im Verle

Michael
Parteibil
Revoluti

Edward
Organis

Ursula
Macht u
Frankrei

IV. Ges

Heinz-G
Bürger –
in Deuts

Gabriell
Frauen-I

Ralf Prö
Bürgerw

Dieter L
Die Rolle

Jonathan
Kirchen,

Heinz-El
Bildungs
Zäsur der

Reinhard
Der Forts
die europ

ch		<i>Giovanna Procacci</i>	
.....	327	Die Revolution überleben oder ihr zuvorkommen? Staatliche Strategien im Verlauf der Krise von 1848.....	671
		<i>Michael Wettengel</i>	
onärer		Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848.....	701
.....	351		
		<i>Edward Berenson</i>	
.....	389	Organisation und „Modernisierung“ in den Revolutionen von 1848.....	739
		<i>Ursula E. Koch</i>	
.....	421	Macht und Ohnmacht der Presse um 1848. Frankreich und Deutschland im Vergleich.....	771
.....	437		
		<i>IV. Gesellschaft im Umbruch</i>	
		<i>Heinz-Gerhard Haupt und Friedrich Lenger</i>	
.....	455	Bürger – Kleinbürger – Arbeiter. Klassenbildung/Gesellschaftsreform in Deutschland und Frankreich.....	815
		<i>Gabriella Hauch</i>	
.....	493	Frauen-Räume in der Männer-Revolution 1848.....	841
		<i>Ralf Pröve</i>	
.....	535	Bürgerwehren in den europäischen Revolutionen 1848.....	901
		<i>Dieter Langewiesche</i>	
.....	555	Die Rolle des Militärs in den europäischen Revolutionen von 1848.....	915
		<i>Jonathan Sperber</i>	
.....	587	Kirchen, Gläubige und Religionspolitik in der Revolution von 1848.....	933
		<i>Heinz-Elmar Tenorth</i>	
.....	629	Bildungsreform als Gesellschaftsreform. Die Revolution von 1848 als Zäsur der Bildungsgeschichte.....	961
		<i>Reinhard Rürup</i>	
.....	629	Der Fortschritt und seine Grenzen. Die Revolution von 1848 und die europäischen Juden.....	985

<i>Wolfram Siemann</i> Versammlungsdemokratie 1848.....	1007
<i>Manfred Gailus</i> Die Revolution von 1848 als „Politik der Straße“.....	1021
<i>Charlotte Tacke</i> Feste der Revolution in Deutschland und Italien	1045
<i>Willibald Steinmetz</i> „Sprechen ist eine Tat bei euch.“ Die Wörter und das Handeln in der Revolution von 1848	1089
<i>John Merriman</i> Les „on dit que“. Gerüchte und die Zweite Französische Republik.....	1139
 <i>V. Folgen der Revolution von 1848</i>	
<i>Beatrix Bouvier</i> Zur Tradition von 1848 im Sozialismus.....	1169
<i>Robert Gildea</i> Mythen der Revolutionen von 1848.....	1201
 <i>Anhang</i>	
Literatur in Auswahl.....	1235
Verzeichnis der Abbildungen und Karten	1250
Register.....	1255
Die Herausgeber.....	1295

E
D
R
N

W
gr
V
Ze
ge
Er
gl
zw
Ph
ac

mi
gin
,bü
un
zu
zw
sch
Kr

19.
sch
wei

1 Wi
ner
wei
ratu

Michael Wettengel

Parteibildung in Deutschland Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848

„Unsere Zeit ist die Zeit der Association!“¹

Schon die Zeitgenossen charakterisierten den Vormärz als eine Zeit, in der sich Bürger aus individuellen Motiven zu bestimmten Zwecken oder zur Regelung ihrer Angelegenheiten in Vereinen zusammenschlossen. Im Gegensatz zu den früheren Korporationen entsprachen die modernen Vereine dem Organisationsprinzip der Assoziation, einer freien organisatorischen Vereinigung zumindest formal gleichberechtigter Personen zu selbstgesetzten spezifischen Zwecken.² Französische und englische Vorbilder, aber auch die Lesevereine und die Patriotischen Vereine der Aufklärungszeit in Deutschland boten die Muster für das Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Im Geiste eines noch ungebrochenen Fortschrittsoptimismus schien das Vereinswesen als „Mittel der Selbstmobilisierung“³ der Gesellschaft geeignet, die vielfältigen Probleme jener Zeit zu lösen. Erst durch die Revolution von 1848 wurde dieser Optimismus erschüttert, da das Vereinswesen als „Universalformel zur Konfliktlösung“⁴ hier versagen mußte.

Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts bildeten sich auch dezidiert politische Vereine, die nach außen wirkten und versuchten, die Öffentlichkeit für ihre Ziele zu gewinnen. Nationale, liberale und radikale Überzeugungen dominierten in diesem frühen politischen Vereinswesen, in dem sich vor allem die

1 Frankfurter Gemeinnützige Chronik 5, H. 7, 1845, S. 53, zit. nach R. Roth, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760-1914, München 1996, S. 323.

2 Vgl. Th. Nipperdey, Verein als soziale Struktur im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Ders., Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976, S. 174-205, hier S. 174.

3 C. Lipp, Verein als politisches Handlungsmuster. Das Beispiel des württembergischen Vereinswesens von 1800 bis zur Revolution 1848-1849, in: É. François (Hrsg.), Geselligkeit, Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Frankreich, Deutschland und der Schweiz, 1750-1850, Paris 1986, S. 275-297, hier S. 275.

4 W. Hardtwig, Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848, in: Historische Zeitschrift, Beih. N.F. 9, 1984, S. 11-54, hier S. 49.

jüngere Generation der bürgerlichen Opposition im Vormärz formierte. Spätestens seit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 und dem Bundesbeschluß vom 5. Juli 1832 wurden politische Vereine auf dem Gebiet des ganzen Deutschen Bundes systematisch unterdrückt. Politische Verbindungen mußten daher im geheimen oder unter der Tarnung scheinbar unpolitischer Vereine geschaffen werden. Dennoch kam es im Vormärz immer wieder zu Vereinsgründungen mit mehr oder minder offen politischen Zielsetzungen. Der „Preß- und Vaterlandsverein“ von 1832/33 repräsentierte dabei bereits einen „relativ weit entwickelten Prototyp einer Parteiorganisation“⁵, der bestrebt war, sich auf alle deutschen Staaten auszudehnen, und auch Angehörige klein- und unterbürgerlicher Schichten gewinnen konnte. Das politische Vereinswesen stellte eine neue gesellschaftliche Organisationsform dar, die die Integration größerer Bevölkerungsschichten in den politischen Meinungsbildungsprozeß anstrebte. Aufgrund der staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen war den vormärzlichen politischen Organisationsversuchen jedoch keine Dauer beschieden.

Mit der Märzerhebung 1848 fielen die bisherigen Vereinsverbote und Versammlungsbeschränkungen. Zugleich brachte die Revolution eine Mobilisierung und Politisierung breiter Bevölkerungsschichten mit sich. Ausdruck dieser Entwicklung waren die politischen Vereine, die bereits unmittelbar nach den Märzereignissen allenthalben entstanden und sich rasch weiter vermehrten. Im Unterschied zu seinen Vorläufern erweiterten sich das soziale Spektrum und die räumliche Verbreitung des politischen Vereinswesens der Revolutionszeit beträchtlich. Indem sie Volksversammlungen veranstalteten, Petitionen verfaßten, politische Bildungsarbeit leisteten, Kandidaten für die Wahlen zu Volksvertretungen und kommunalen Körperschaften aufstellten, den Wahlkampf organisierten und Öffentlichkeitsarbeit betrieben, wurden die Vereine zu Kulminationspunkten des politischen Lebens vor Ort. Sie vermittelten den lokalen Lebenswelten die „großen“ politischen Ereignisse. Nach unterschiedlichen politischen Richtungen getrennt, organisierten und kanalisieren sie den politischen Meinungsbildungsprozeß, dehnten den Kreis staatsbürgerlicher Aktivität aus und schufen eine sich selbst organisierende politische Öffentlichkeit. Das politische Vereinswesen entstand, noch bevor sich korrespondierende parlamentarische Fraktionen formieren konnten.

Bereits frühzeitig entwickelten sich – ebenfalls nach politischen Richtungen getrennt – unter der Leitung von Vororten oder festen Gremien auch zahlreiche Zusammenschlüsse von Vereinen auf Provinzial- oder Landesebene sowie

5 C. Foerster, Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982, S. 181.

im natio
nen mit
den Parl
Parteibil
national
eine Par
Parteien
im vorn
Zunehm
waren b
untersch
Um
Revoluti
regionale
Nicht be
eine, der
nisation
Interesse
viele vor
politische
dige poli
dar. Das
sens für
den deuts

1 Orga

Die politi
sich unma
sammlung
Umfeld. S
gen erker
risch voll
mentarisc
angelegte

6 Vgl. D. A
Revolutio

im nationalen Rahmen. Auf diese Weise entstanden lockere Parteiorganisationen mit lokalistisch-föderativer Struktur. Die Vereinsverbände waren eng mit den Parlamenten und ihren Fraktionen verbunden, doch im Zentrum der frühen Parteibildungen standen die außerparlamentarischen Organisationen. Auf nationaler Ebene schufen die Demokraten mit dem Centralmärzverein bereits eine Partei moderner Prägung. In dieser Hinsicht war die Praxis politischer Parteien der Theorie voraus, denn unter „Partei“ wurde im allgemeinen noch im vormärzlichen Sinne eine politische Gesinnungsgemeinschaft verstanden. Zunehmend wurde jedoch auch die Notwendigkeit der Organisation erkannt, waren bloße Gesinnungsgemeinschaften von organisierten Parteien theoretisch unterschieden.⁶

Um die außerparlamentarischen Organisationen, die „Parteivereine“ der Revolution von 1848/49, ihre Organisationsformen, politischen Richtungen, regionalen Schwerpunkte, Aktionsräume und Entwicklung soll es hier gehen. Nicht berücksichtigt werden dagegen die Parlamentsfraktionen und jene Vereine, deren primärer Zweck nicht auf politische Bildungsarbeit und die Organisation der politischen Willensbildung gerichtet war. Dies betrifft die vielen Interessenverbände, aber auch die Turnvereine der Revolutionszeit, obgleich viele von ihnen auch politische Ziele verfolgten und sich gelegentlich sogar politischen Vereinsverbänden anschlossen. Sie stellten jedoch keine eigenständige politische Kraft und prinzipiell keine parteipolitische Organisationsform dar. Das Ziel des Beitrages ist es, die Bedeutung des politischen Vereinswesens für die Bildung von Parteien sowie ihre Struktur und Breitenwirkung in den deutschen Staaten aufzuzeigen.

1 Organisation und Entwicklung des Parteiensystems

Die politischen Vereine entstanden 1848 nicht voraussetzungslos. Sie bildeten sich unmittelbar nach Ausbruch der Revolution in den Städten aus Volksversammlungen, Wahlkomitees, informellen Zirkeln oder Vereinen im lokalen Umfeld. Schon im Vormärz waren die unterschiedlichen politischen Richtungen erkennbar, doch erst in der Revolutionszeit konnten sie sich organisatorisch voll entfalten. Die politischen Vereine gaben sich Statuten, die parlamentarische Gepflogenheiten bei den Sitzungen festlegten, eine auf Dauer angelegte Organisation und politische Programme. Die verschiedenen politi-

⁶ Vgl. D. Langewiesche, Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, S. 324-361, hier S. 328 f.

schen Richtungen organisierten sich in dem neuen politischen Vereinswesen. Dabei entwickelte sich ein dem modernen Parteiwesen ähnliches „Fünfparteiensystem“ folgender politischer Vereinsorganisationen:

- Die Arbeiterbewegung, die über keine parlamentarische Vertretung verfügte und sich in den Arbeitervereinen formierte. Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Vereinen und unbeschadet einer noch im Fluß befindlichen Programmatik wünschten die Arbeitervereine meist grundlegende soziale Reformen, politische Gleichberechtigung und eine republikanische Staatsform.
- Die Demokraten, die zwar ebenfalls die Republik oder zumindest eine parlamentarische Demokratie mit schwacher Stellung des Monarchen forderten, sich in der Staatsformfrage aber als kompromißbereit erwiesen. Sie zeigten sich offen für die politisch-sozialen Ansprüche der Arbeitervereine, tendierten aber dazu, das Postulat politischer Gleichheit als vorrangig zu bewerten.
- Die konstitutionellen Liberalen, die eine konstitutionelle Monarchie anstrebten und sich durch die politischen und sozialen Ansprüche der Arbeiterbewegung bedroht fühlten.
- Der politische Katholizismus, der auf der Grundlage einer streng kirchlichen innerkonfessionellen Ausrichtung die Ansprüche der katholischen Kirche im gesellschaftlichen Raum verteidigte. Mit den Piusvereinen schuf er eine breite außerparlamentarische Bewegung.
- Als fünfte politische Richtung traten die Konservativen auf, die zwar über eine breite soziale Basis verfügten, aber in vielen Regionen kein eigenes Vereinswesen aufbauten, sondern sich dort auch in konstitutionellen Vereinen formierten.

Nicht immer waren die politischen Strömungen so säuberlich organisatorisch getrennt, wie hier idealtypisch vorgestellt. Zwischen Demokraten und Liberalen, der Arbeiterbewegung und den Demokraten, aber auch zwischen Liberalen und Konservativen sowie zwischen dem politischen Katholizismus und allen anderen politischen Gruppierungen verliefen die Grenzen oft fließend. Obwohl sich bereits im Vormärz sowohl in der politischen Theorie als auch im Handeln der Protagonisten die verschiedenen politischen Richtungen herausgebildet hatten, zeigte dies erst allmählich Auswirkungen auf die politischen Organisationen von 1848/49. Die Revolutionszeit war durch einen Prozeß der Ausdifferenzierung und der Formierung der verschiedenen politischen Parteien gekennzeichnet. Besonders deutlich ist dies am Beispiel der Spaltung des liberal-demokratischen Spektrums zu sehen.

Konsti
des Vorm
1847 gab
1847 in I
Liberalen
der März
liberal-de
Regionen
über die I
sen und
wig-Hols
bildeten I
in Würzb
und temp
waren auc
Die er
ten, ware
suchten, c
diese Pha
liberal-de
einen nat
wie das
Verein in
Offenburg
„vaterländ
in ganz I
zählen, ob
Diese Be
aufgrund
und Kons
Als H
zu dieser
oder eine
nalstaat v

7 Vgl. D. L.
Revolutio
8 Bei M. P.
1977, S.
zugeordn

Konstitutionelle und Demokraten hatten sich ansatzweise schon im Verlauf des Vormärz als eigenständige politische Kräfte formiert. Am 12. September 1847 gaben sich in Offenburg die badischen Demokraten und am 10. Oktober 1847 in Heppenheim die südwestdeutschen und rheinischen konstitutionellen Liberalen eigene Programme. Dennoch bestand an der Basis noch zu Beginn der Märzrevolution in den deutschen Staaten eine weitestgehend einheitliche liberal-demokratische Bewegung mit gemeinsamen Organisationen. In vielen Regionen zog sich der Prozeß der organisatorischen Ausdifferenzierung bis über die Mitte des Jahres 1848 hinaus. Besonders früh kam es in Baden, Sachsen und einigen rheinischen Städten zur Spaltung, besonders spät in Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Pommern. Doch selbst in Süddeutschland bildeten Konstitutionelle und Demokraten erst spät getrennte Organisationen, in Würzburg beispielsweise erst im Dezember 1848.⁷ Gemeinsames Handeln und temporäre Übereinkünfte zwischen Konstitutionellen und Demokraten waren auch nach erfolgter Trennung vielerorts immer wieder möglich.

Die ersten politischen Vereine, die sich bereits im März/April 1848 bildeten, waren in der Regel liberal-demokratische Sammlungsvereine, die versuchten, das gesamte bürgerliche Spektrum zu integrieren. Kennzeichnend für diese Phase der Vereinsentwicklung waren die Bemühungen nicht nur um eine liberal-demokratische Sammlung auf der lokalen Ebene, sondern auch um einen nationalen Vereinszusammenschluß. Vor allem süddeutsche Vereine, wie das Montagskränzchen in Frankfurt am Main und der Vaterländische Verein in Darmstadt, traten hierbei hervor. Auch die Volksversammlungen in Offenburg am 19. und in Michelstadt am 30. März 1848, in denen zur Bildung „vaterländischer Vereine“ bzw. „patriotischer Comités“ auf kommunaler Basis in ganz Deutschland aufgerufen wurde, dürften noch zu diesen Bestrebungen zählen, obgleich sie bereits deutlich die Handschrift der Demokraten trugen.⁸ Diese Bestrebungen waren oft illusionär und versandeten nicht zuletzt auch aufgrund der sich abzeichnenden Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Konstitutionellen rasch.

Als Hauptstreitpunkt erwies sich im liberal-demokratischen Vereinswesen zu diesem frühen Zeitpunkt bereits die Frage der Staatsform, ob eine Republik oder eine konstitutionelle Monarchie für den zu schaffenden deutschen Nationalstaat vorzuziehen sei. Damit eng verbunden waren die Befürchtungen wei-

7 Vgl. *D. Langewiesche*, Die politische Vereinsbewegung in Würzburg und in Unterfranken in den Revolutionsjahren 1848/49, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 37, 1977, S. 195-233.

8 Bei *M. Botzenhart*, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850*, Düsseldorf 1977, S. 324 ff., werden diese Bestrebungen bereits den demokratischen Organisationsversuchen zugeordnet.

ter Teile des Bürgertums, für die die sozialen Unruhen zu Beginn der Revolutionszeit Vorboten einer „roten Revolution“ zu sein schienen. Stellvertretend für viele schrieb ein Darmstädtischer Liberaler bereits im März 1848, es gebe

„Zwei Gefahren [...] der besseren Ordnung, der Freiheit und Gesittung Deutschland's:

1) die *Republik* mit ihren Uebergängen zum Bürgerkrieg, zur Schreckensregierung und zur Tyrannei,

2) *der Krieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden* mit seinen Uebergängen zur Barbarei und auch zur Tyrannei.

Gegen diese beiden Gefahren müssen sich die Gutgesinnten bei Zeiten einigen und gliedern.“⁹

Die demokratische Linke reagierte flexibler auf die politischen Partizipationsansprüche und die Forderungen nach sozialen Reformen von Handwerkern und Arbeitern. Die konstitutionellen Liberalen hingegen waren vom Auftreten einer organisierten Arbeiterbewegung verunsichert: „Man bittet nicht mehr, man trotzt und pocht“, stellte ein konstitutioneller Publizist befremdet fest und nahm dies als Ausdruck der Entsittlichung wahr.¹⁰ Die unterschiedlichen Haltungen zur Staatsformfrage und zur sozialen Frage führten früher oder später zum Bruch der liberal-demokratischen Bewegung.

Der Frage der Schaffung eines deutschen Nationalstaates kam dagegen trotz der Kontroversen, die sie auslöste, eher eine integrierende Funktion zu, und sie vermochte sogar punktuell die Spaltung zwischen Liberalen und Demokraten zu überbrücken. So akzeptierten die Demokraten mehrheitlich die kleindeutsche Lösung, und die Gemäßigten unter ihnen waren sogar bereit, für einen freiheitlich verfaßten Nationalstaat den preußischen Erbkaiser hinzunehmen, wenn auch nur „wie der liebe Gott das Böse.“¹¹ Der Gegensatz Großdeutsch-Kleindeutsch beeinflusste daher zwar die Umbildung der Fraktionen, für die außerparlamentarischen Organisationen war er dagegen fast bedeutungslos. Nur dort, wo die nationale Frage vom konfessionellen Gegensatz überlagert wurde, bei den großdeutsch orientierten Piusvereinen, spielte auch sie eine Rolle.

Bereits bei den Wahlen im Frühjahr 1848 traten neben liberal-demokratischen Wahlkomitees, die sowohl konstitutionelle als auch demokratische Kandidaten aufstellten, auch Komitees bestimmter politischer Richtungen auf, die

⁹ Rheinisches Volksblatt (Darmstadt), 37/25.3.1848, Hervorhebungen in der Vorlage.

¹⁰ Nassauische Allgemeine Zeitung (Wiesbaden), 168/18.7.1849.

¹¹ Brief Friedrich Theodor Vischers an David Strauß vom 3.4.1849, in: A. Rapp (Hrsg.), Briefwechsel zwischen David Strauß und Friedrich Theodor Vischer, Bd. 1, Stuttgart 1952, S. 225 f.

eigene Wahlnahmen abgestion“ des VorgCentral-Comitfurt am Mainzur Organisatderweise wurde Aufrufe stieß

Der erste I stattfand und men, bildete schen „Partei Deutschland, abgab. Allerd hessischen Sta großer Teil au on befand sich geblich 89 Ve deutschen Aus tervereinen so Manche der D Fraktion eines

Der Kongre tischen Verein wurde zwar ni demokratischen bildeten sich i Central-Ausse Differenzierung demokratische Verständnis v gleiche und di demokratische „schwachen“ I tieren, währen falls mit Gewa derungen wie progressiven

eigene Wahllisten veröffentlichten. Vorreiter waren dabei, von lokalen Ausnahmen abgesehen, die Demokraten. Getragen von der „demokratischen Fraktion“ des Vorparlaments, veröffentlichte am 4. April 1848 ein „demokratisches Central-Comité für die Wahlen zur constituirenden Versammlung“ in Frankfurt am Main ein 13 Punkte umfassendes Wahlprogramm und rief außerdem zur Organisation einer demokratischen Wahlbewegung auf. Kennzeichnenderweise wurde hier noch das offene Bekenntnis zur Republik vermieden. Die Aufrufe stießen aber nur auf geringe Resonanz.

Der erste Demokratenkongreß, der vom 14. bis 17. Juni 1848 in Frankfurt stattfand und an dem 234 Delegierte unter Leitung von Julius Fröbel teilnahmen, bildete einen wichtigen Einschnitt bei der Formierung der demokratischen „Partei“. Es war der erste nationale Kongreß politischer Vereine in Deutschland, der ein offenes Bekenntnis zur republikanischen Staatsform abgab. Allerdings stammten mehr als zwei Drittel der Delegierten aus den hessischen Staaten, der Rheinpfalz, Baden und Württemberg; daneben kam ein großer Teil aus der preußischen Rheinprovinz. Die demokratische Organisation befand sich zur Zeit des Kongresses noch ganz in den Anfängen. Die angeblich 89 Vereine, die hier vertreten waren, bildeten ein buntes Gemisch von deutschen Auslandsvereinen, demokratischen Vereinen, Turnvereinen, Arbeitervereinen sowie liberal-demokratischen Komitees und Sammlungsvereinen. Manche der Delegierten nahmen offenbar nur im Namen einer demokratischen Fraktion eines Vereins teil.

Der Kongreß beschloß die Organisation und „Zentralisation“ der demokratischen Vereine unter Leitung eines Central-Ausschusses in Berlin. Dieses Ziel wurde zwar niemals erreicht, doch hatte der Kongreß die Formierung der demokratischen „Partei“ und eine Vereinsgründungswelle zur Folge. Immerhin bildeten sich in vielen Regionen demokratische Bezirksverbände, die sich dem Central-Ausschuß anschlossen. Außerdem trieb der Demokratenkongreß die Differenzierung des politischen Vereinswesens und die Entwicklung einer demokratischen Programmatik voran. Ein demokratisches und plebiszitäres Verständnis von Volkssouveränität, ein Einkammersystem sowie allgemeine, gleiche und direkte Wahlen bildeten feste Bestandteile des Forderungskatalogs demokratischer Vereine. Die Gemäßigten unter ihnen waren bereit, einen „schwachen“ Monarchen bei parlamentarischer Regierungsbildung zu akzeptieren, während radikale Republikaner die republikanische Staatsform nötigenfalls mit Gewalt durchsetzen wollten und zur Lösung der sozialen Frage Forderungen wie die nach einem Arbeitsministerium, dem Recht auf Arbeit, einer progressiven Einkommensteuer und Nationalwerkstätten erhoben. Gemeinsam

war den Demokraten die hohe Wertschätzung der Vereine als „Hebel politischer Aufklärung.“¹²

Die Pläne einer vom Berliner Ausschuß straff geleiteten, in Kreise und Bezirke eingeteilten demokratischen Organisation blieben jedoch Makulatur. Insbesondere eher gemäßigten süd- und südwestdeutschen Demokraten waren die späteren Forderungen des Central-Ausschusses, beispielsweise die nach Bildung eines Gegenparlamentes, zu radikal. Schon einen Tag nach dem Demokratenkongreß urteilte der Mainzer Republikaner Ludwig Bamberger angesichts der Schwäche der demokratischen „Partei“: „Ich glaube, daß dieser Kongreß mehr schaden als nützen wird. Es mag angenehm sein, recht derb mit seiner Ansicht herauszuplatzen, aber die Wirksamkeit wird dadurch gewiß unnöthiger Weise geschwächt.“¹³ Zu der fernen Berliner Zentrale bestanden kaum Kontakte.

Das Scheitern des zweiten Demokratenkongresses, der vom 26. bis 30.10.1848 in Berlin stattfand, markierte einen weiteren Wendepunkt. Dem Kongreß, an dem mehr als 230 Delegierte teilnahmen, gelang es nicht, Lösungen für die Defizite in der Organisation, der internen Kommunikation und bei den finanziellen Mitteln der demokratischen Partei zu finden. Von den konterrevolutionären Ereignissen in Wien und Berlin wurden die demokratischen Delegierten förmlich überrollt, ohne daß eine realitätsorientierte Gegenstrategie entwickelt wurde. Zugleich zeigten sich tiefgreifende Differenzen zwischen den Delegierten hinsichtlich der Wege zur Lösung der sozialen Frage. Ein Kommissionsgutachten radikaler Delegierter zur sozialen Frage erschien vielen bürgerlichen Demokraten als ein „lächerliches kommunistisches Programm.“¹⁴ Die „Katastrophe in Berlin“¹⁵ und das Wiedererstarken der Reaktion im Spätsommer/Herbst 1848 begünstigten die Bildung einer gemäßigt demokratischen Sammlungsbewegung, wie sie in der Gründung des Centralmärzvereins ihren Ausdruck fand.

Die Ablehnung des Steuerverweigerungsbeschlusses der Berliner Nationalversammlung durch die Paulskirchenmajorität bildete schließlich den Anlaß für ein gemeinsames Handeln von Abgeordneten der linken Fraktionen der Nationalversammlung in Frankfurt. Auf einer gemeinsamen Sitzung am 23.

12 Demokratische Flugblätter (Trier) 2/5.10.1848, zit. nach *Langewiesche*, Die Anfänge der deutschen Parteien, S. 340.

13 Mainzer Zeitung 166/16.6.1848.

14 Mainzer Zeitung 300/11.11.1848, „Der zweite Demokraten-Kongreß VI.“. Vgl. zum Kommissionsgutachten *G. Becker*, Die „soziale Frage“ auf dem zweiten demokratischen Kongreß 1848, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 15, 1967, S. 260-280, hier S. 273-275.

15 So der Mainzer Delegierte und zeitweilige Vorsitzende des Kongresses, Ludwig Bamberger, Mainzer Zeitung 300/11.11.1848.

November 18
und Teile vo
Abgeordnete
onspunkt auß
derte die Dur
formen, die
gewählte Ver
rechten. Er na
lung.

Als eine M
nationaler Eb
sammlung. Ih
Vereinsverbän
fugnis des Ce
gierten, der ab
bindende Beso
des Centralmä
demokratische
aufbauen. Mit
nen und den P
sten entwickel
ebene entstand
tionen und
Vereinskorresp
für Abgeordne
Erklärungen de
regelrechte Re
Der Central
größten Verei
er mehr als tau
halbe Million g
publizistischen

16 Wage. Deutsche
a.M. S 25/169 [3
17 In dem als Litho
bis zum 31. Mär
Vereine genannt
dings nicht voll
schen Parteiwes
Forschung 3, 19

November 1848 schlossen sich die Fraktionen Donnersberg, Deutscher Hof und Teile von Westendhall im Centralmärzverein zusammen, um, wie der Abgeordnete Venedey formulierte, der Paulskirchenminorität einen Agitationsschwerpunkt außerhalb des Parlaments zu schaffen.¹⁶ Der Centralmärzverein forderte die Durchsetzung der Volkssouveränität, parlamentarische Regierungsformen, die Verteidigung der Märzerrungenschaften sowie vom Volk selbst gewählte Verfassungen mit demokratischem Wahlrecht und liberalen Grundrechten. Er nahm jedoch darüber hinaus zur Frage der Staatsform keine Stellung.

Als eine Mischung aus Fraktionsausschuß und Vereinsdachorganisation auf nationaler Ebene diente ein Centralverein aus Mitgliedern der Nationalversammlung. Ihm schlossen sich die Vereine entweder einzeln oder als regionale Vereinsverbände unter Leitung von Zentralaussschüssen an. Eine Weisungsbefugnis des Centralvereins bestand nicht. Nur der Kongreß der Vereinsdelegierten, der allerdings nur einmal (am 6. Mai 1849) zusammentrat, konnte bindende Beschlüsse fassen. Diese lockere, dezentrale und föderative Struktur des Centralmärzvereins konnte weitestgehend auf den bereits bestehenden demokratischen Bezirks- (bzw. Kreis-), Provinzial- und Landesverbänden aufbauen. Mit seiner institutionalisierten Verbindung zwischen den Ortsvereinen und den Parlamentsfraktionen stellte der Centralmärzverein die am weitesten entwickelte Parteiorganisation der Revolutionszeit dar. Auch auf Landesebene entstanden vielfach solche engen Beziehungen zwischen Landtagsfraktionen und demokratischen Bezirks- oder Landesverbänden. Bei der Vereinskorrespondenz profitierte der Centralmärzverein von der Portofreiheit für Abgeordnete, und ein Netz von Zeitungen sorgte für die Verbreitung der Erklärungen des Vereins. Der Centralmärzverein soll sogar ein Büro und eine regelrechte Registratur besessen haben.

Der Centralmärzverein gewann schnell Zulauf und entwickelte sich zur größten Vereinsorganisation der Revolutionszeit. Bis zum März 1849 umfaßte er mehr als tausend Vereine, seine Mitgliedschaft wurde sogar auf etwa eine halbe Million geschätzt.¹⁷ Mit seiner auf eine breite Öffentlichkeit gerichteten publizistischen Arbeit und seiner Mitgliederstärke besaß er bereits Charakter-

16 Wage. Deutsche Reichstagsrundschau, 1848, Heft 3 (Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a.M. S 25/169 [3]), S. 36.

17 In dem als Lithographie vervielfältigten „Verzeichnis der Vereine in Deutschland, welche sich bis zum 31. März 1849 dem Central-März-Vereine angeschlossen haben.“ wurden insgesamt 951 Vereine genannt, Bundesarchiv Außenstelle Frankfurt (BAF) ZSg 9/1131. Diese Liste ist allerdings nicht vollständig, vgl. M. Wettengel, Der Centralmärzverein und die Entstehung des deutschen Parteiwesens während der Revolution von 1848/49, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 3, 1991, S. 34-81, hier S. 43.

züge einer modernen Massenpartei. Die Erfolge des Centralmärzvereins waren vor allem das Ergebnis seiner Organisationsstruktur, die dem Vereinswesen der Revolutionszeit in hohem Maße entgegenkam. Dies zeigte sich auch in der regional unterschiedlichen Namensgebung für die einzelnen Vereine, die nicht vereinheitlicht wurde. Diese Stärke bildete aber zugleich auch die entscheidende Schwäche des Centralmärzvereins, denn eine effektive Lenkung der Organisation war nicht möglich. Immerhin gelang es ihm, durch seine Aufrufe Impulse zu vermitteln und Vereinsaktivitäten zu koordinieren, wie dies am Beispiel der Massenpetitionen und Veranstaltungen für die Anerkennung der Grundrechte und später der Reichsverfassung deutlich wurde. Der Centralmärzverein entwickelte sich zur Partei der gemäßigten Demokraten, doch schlossen sich ihm zumindest zeitweilig auch konstitutionelle Vereine und im Februar/März 1849 sogar der republikanische Central-Ausschuß der Demokraten Deutschlands „mit Vorbehalt seiner Parteigrundsätze und Parteistellung“¹⁸ an, obgleich dieser den Centralmärzverein noch im Januar scharf angegriffen hatte.

Das Verhältnis zum republikanischen Flügel blieb jedoch gespannt. Nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. stand für die entschiedenen Republikaner der Erbkaizer als Reichsoberhaupt zur Disposition, während die gemäßigten Demokraten an der Reichsverfassung in allen Punkten festhalten wollten, um die gesetzliche Grundlage zu wahren. Am 11. April 1849 trat daher eine Gruppe von 28 Abgeordneten der äußersten Linken aus dem Centralmärzverein aus, da dieser „die Entschiedenheit der demokratischen Partei zu gefährden und die entschlossene konsequente Durchführung der demokratischen Grundsätze zu erschweren drohe.“¹⁹ Dem Appell der radikalen Linken an die Basis, den Centralmärzverein zu verlassen, folgten jedoch nur 25 demokratische Vereine. Der Versuch, in Zusammenarbeit mit dem demokratischen Central-Ausschuß einen republikanischen Vereinsverband aufzubauen, scheiterte. Die Flügelkämpfe zwischen Radikalen und Gemäßigten führten letztlich nicht zu einer organisatorischen Spaltung der „demokratischen Partei“.

Die meisten konstitutionellen Liberalen standen dem Centralmärzverein ablehnend gegenüber. Dies lag sowohl an seiner prinzipiellen Offenheit für die republikanische Staatsform als auch an seinem Parteicharakter. Vom konstitutionellen hessen-darmstädtischen Minister Jaup wurde den demokratischen

18 BAF ZSg 9/1131.

19 Neue Deutsche Zeitung (Frankfurt a.M.) 94/21.4.1849, abgedr. in G. Hildebrandt (Hrsg.), Opposition in der Paulskirche. Rede, Briefe und Berichte kleinbürgerlich-demokratischer Parlamentarier 1848/49, Berlin (O) 1981, S. 300.

Vereinen generelle eine eigene Reich herrscht. Die ge blos die politisch dem an französische worrenheit der P halte.

Dies hatte auf onsbemühungen. „Parteimann“ zu s Parteibildung ent Organisationen in städten oft sehr fr liche Mitgliederst in Berlin mit 2.00 der Konstitutionell in der Regel entst Bestrebungen der Vereinsdichte und die Aktivität der M rich Riehl war die schaftlichen Intere materiellen Verlust bestimmte zu der k von Anhängern wi wiß neunundneunz vorziehen.“²³

Wie die demokr ausgeprägte Flüge „Fanatismus der C Vereinen an und t

20 BAF DB 54/74 (RM) 21 Neue Würzburger Ze gung in Würzburg un 22 P. Wentzcke/W. Kidi Briefe und Reden 18 23 Nassauische Allgeme 24 J. Hansen (Hrsg.), R 1850, Bd. II/2, Apr.-I 25 Nassauische Allgeme

Vereinen generell unterstellt, sie bildeten „neben der gesetzlichen Regierung eine eigene Regierung, die alle Gesetze höhnt u[nd] durch Terrorismus herrscht. Die gesellschaftlichen Zustände fallen hierdurch zusammen; nicht bloß die politischen und religiösen, sondern auch die socialen.“²⁰ Gegenüber dem an französische Verhältnisse erinnernden „Clubwesen“ und der „Verworrenheit der Parteisucht“²¹ bestanden bei Liberalen grundsätzliche Vorbehalte.

Dies hatte auch Auswirkungen auf die konstitutionell-liberalen Organisationsbemühungen. Zwar hatte Heinrich von Gagern schon 1834 erklärt, ein „Parteimann“ zu sein²², aber trotz solcher Bekenntnisse führender Liberaler zur Parteibildung entwickelten sich liberal-konstitutionelle außerparlamentarische Organisationen nur zögerlich. Zwar bildeten sich insbesondere in Residenzstädten oft sehr früh konstitutionell-liberale Vereine, die zeitweise eine erhebliche Mitgliederstärke aufweisen konnten – so etwa der Konstitutionelle Klub in Berlin mit 2.000, der Patriotische Verein in Frankfurt a.M. mit 2.500 und der Konstitutionell-monarchische Verein in Darmstadt mit 2.300 Mitgliedern –, in der Regel entstanden konstitutionelle Vereine jedoch als Reaktion auf die Bestrebungen der Demokraten und blieben hinsichtlich des Umfangs, der Vereinsdichte und der Straffheit der Organisation hinter diesen zurück. Auch die Aktivität der Mitglieder war vergleichsweise schwach. Für Wilhelm Heinrich Riehl war dies ein Ausdruck phlegmatischen, ausschließlich auf die wirtschaftlichen Interessen fixierten „Philistertums“: „Und wenn die Furcht vor materiellen Verlusten, vor Gewaltthaten und Uebergriffen nicht gar Viele bestimmte zu der konstitutionellen Partei zu stehen, welche kleines Häuflein nur von Anhängern würde dann auch diese zählen! Unter Hunderten würden gewiß neunundneunzig die alte politische Gleichgültigkeit und Regungslosigkeit vorziehen.“²³

Wie die demokratische, so war auch die konstitutionelle „Partei“ durch eine ausgeprägte Flügelbildung gekennzeichnet. Viele Konservative, die einem „Fanatismus der Ordnung“²⁴ huldigten, schlossen sich den konstitutionellen Vereinen an und bildeten dort ein starkes Element. „Gefährliche Freunde“²⁵

20 BAF DB 54/74 (RMI), fol. 14rs, Mitteilung vom 11.10.1848.

21 Neue Würzburger Zeitung 154/3.6.1848, zit. nach *Langewiesche*, Die politische Vereinsbewegung in Würzburg und in Unterfranken, S. 209.

22 P. Wentzcke/W. Klötzer (Hrsg.), Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815-1848, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1959, S. 133.

23 Nassauische Allgemeine Zeitung (Wiesbaden) 214/19.11.1848.

24 J. Hansen (Hrsg.), Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850, Bd. II/2, Apr.-Dez. 1848, bearb. von H. Boberach, Köln/Bonn 1976, S. 41.

25 Nassauische Allgemeine Zeitung (Wiesbaden) 81/5.4.1849.

waren sie in den Augen vieler liberaler Konstitutioneller vor allem aus den südwestdeutschen Staaten, denn sie gefährdeten die Integrationskraft und den Zusammenhalt der Konstitutionellen: „Immer soll die constitutionelle Partei, als die jetzt in gewissem Sinne conservative, geduldig alle Elemente, welche sich nicht zur heutigen Opposition schlagen, ohne Prüfung in sich aufnehmen; und so kommt es, daß sich in ihre Reihen gar mancher Saulus eingedrängt hat, der seinen Tag von Damaskus erst vom 6. März datirt, [...] und diese Leute fälschen und verwirren die Haltung der ganzen Partei [...]. Dringend und wiederholt ergeht daher unser Ruf an die Partei; haltet eure Reihen rein, unbefleckt durch Reactionäre, Satisfaits und Fanatiker!“²⁶ Solche Appelle nutzten jedoch wenig, denn viele Konstitutionelle waren einem konservativen Bündnis gegen mutmaßliche republikanische und sozialrevolutionäre Kräfte nicht abgeneigt. Gelegentlich spalteten sich daher die Konstitutionellen in liberal-konstitutionelle und konservativ-konstitutionelle Vereine, so beispielsweise in Sachsen, Nassau und Darmstadt.

Ansätze zu einem engeren Zusammenschluß der konstitutionellen Vereine bildeten sich auf Landes- und auf nationaler Ebene schon früh. Vom 22. bis 24. Juli 1848 tagte in Berlin der Konstitutionelle Kongreß, „um den republikanischen Bestrebungen entgegenzuwirken.“²⁷ Bereits hier traten jedoch Konflikte zwischen einem liberalen und einem konservativen Flügel auf, und zwischen dem Berliner Verein und dem Deutschen Verein in Leipzig bestand ein latentes Konkurrenzverhältnis. Vom 3. bis 5. November 1848 fand schließlich auf Einladung des Bürgervereins in Kassel erneut ein Kongreß liberal-konstitutioneller Vereine statt. Aufgrund der programmatischen Unbestimmtheit der Einladung nahmen zunächst auch demokratische Vereine teil, verließen die Versammlung jedoch, weil sie mit den dort gefaßten Beschlüssen, wonach die Nationalversammlung der einzige gesetzliche Ausdruck der Volkssouveränität sein sollte, nicht einverstanden waren. Als Verband der konstitutionell-liberalen Vereine Deutschlands wurde auf dem Kongreß der „Nationale Verein“ gegründet. Eine Mehrheit unter Führung der sächsischen Vereine verlangte eine Aufnahme der konstitutionell-monarchischen Staatsform in das Programm des Nationalen Vereins. Als daraufhin ein Teil der Vereine seinen Austritt androhte, wurde auf eine solche Aussage verzichtet. Als kleinster gemeinsamer Nenner blieb das Bekenntnis zur Nationalversammlung, die gegen „anarchische“ wie „reactionäre“ Angriffe verteidigt

26 Darmstädter Journal 54/5.5.1848.

27 Constitutionelle Club-Zeitung (Berlin) 19/24.6.1848, zit. nach *H. Gebhardt*, *Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49*, Hamburg 1974, S. 35.

werde.²⁸ In
Kongreß s
Riehl.²⁹ De
konstitutio
aber trotz U

Der Bü
Vereins ge
Vereins, w
bänden un
des nation
besaß der
Dies war d
ebene typis
einen nied
lamentarisc
gehend un
ordneten be
mangelnde
funden. So
eine tüchtig
den landst
welche dor
Stimme nie
schlossen w
Muth verlo
Als Partei
schwerer al
organisiren.

Mit etwa
demokratische
dichte: Der
staaten in N
die zahlreic

28 Kurze gesch
Novbr. 1848
lands, Kasse

29 Nassauische

30 Nassauische

31 Nassauische

werde.²⁸ Für viele Konstitutionelle war dieses Ergebnis unbefriedigend. Der Kongreß sei ausgegangen „wie das Hornberger Schießen“, kommentierte Riehl.²⁹ Der Versuch des Deutschen Vereins in Leipzig, einen entschieden konstitutionellen Vereinsverband auf nationaler Ebene aufzubauen, scheiterte aber trotz Unterstützung aus Hessen-Darmstadt und Braunschweig.

Der Bürgerverein in Kassel wurde für ein Jahr zum Vorort des Nationalen Vereins gewählt. Ihm oblag die technisch-administrative Geschäftsführung des Vereins, was sich im wesentlichen auf die Korrespondenz mit den Landesverbänden und seit Februar 1849 außerdem noch auf die Herausgabe der „Blätter des nationalen Vereines für Deutschland“ beschränkte. Leitungskompetenzen besaß der Vorort nicht, und die Organisation des Vereins war äußerst locker. Dies war durchaus auch für die konstitutionellen Vereinsverbände auf Landesebene typisch. Sie besaßen ebenfalls eine vergleichsweise lockere Struktur und einen niedrigen Organisationsgrad. Institutionalisierte Verbindungen zu parlamentarischen Fraktionen waren beim konstitutionellen Vereinswesen weitgehend unbekannt. Die Beziehungen zwischen einzelnen Vereinen und Abgeordneten bestanden hier meist auf persönlicher Ebene. Allerdings wurde die mangelnde Organisation auch von einigen Konstitutionellen als Defizit empfunden. So klagte Riehl mit Blick auf die Verhältnisse in Nassau: „Was hätte eine tüchtige Organisation der nassauischen Vereine wirken können gegenüber den landständischen Verhandlungen, wenn wir *vorgearbeitet*, die Fragen, welche dort zur Verhandlung kommen sollten, *vordebattirt* hätten! Ist unsere Stimme nicht auch die Stimme des Volkes? So ist manches Unheilvolle beschlossen worden, bloß weil unsere Partei im Ständesaale von vornherein den Muth verloren hatte und sich *von Außen her ohne Unterstützung* glaubte.“³⁰ Als Partei der regierenden Märzministerien fiel es den Konstitutionellen schwerer als der demokratischen Opposition, „die Partei von unten herauf zu organisiren.“³¹

Mit etwa 160 Mitgliedsvereinen blieb der Nationale Verein weit hinter der demokratischen Konkurrenz zurück. Auffällig war auch die geringe Vereinsdichte: Der Nationale Verein blieb im wesentlichen auf die Klein- und Mittelstaaten in Nordwest-, Mittel- und Südwestdeutschland beschränkt. Es fehlten die zahlreichen preußischen Vereine ebenso wie die Bayerns und Württem-

28 Kurze geschichtliche Darstellung der Gründung des Nationalen Vereins auf dem am 3., 4. und 5. Novbr. 1848 zu Cassel stattgehabten Congresse von Abgeordneten politischer Vereine Deutschlands, Kassel 1848, S. 21.

29 Nassauische Allgemeine Zeitung (Wiesbaden) 207/11.11.1848.

30 Nassauische Allgemeine Zeitung (Wiesbaden) 214/19.11.1848, Hervorhebungen in der Vorlage.

31 Nassauische Allgemeine Zeitung (Wiesbaden) 132/6.6.1849.

bergs, um nur die wichtigsten zu nennen. Die Vereinsvororte in Stuttgart und Nürnberg hatten die Weigerung, sich dem Nationalen Verein anzuschließen, mit dem fehlenden konstitutionellen Bekenntnis begründet. Angesichts der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König und vor dem Hintergrund des Kampfes um die Durchsetzung der Reichsverfassung stellte sich für den Nationalen Verein auch die Frage nach einem Bündnis mit dem Centralmärzverein. Dies löste auf dem in Frankfurt a.M. am 14. Mai 1849 unter dem Vorsitz Heinrich von Sybels stattfindenden „Nationalen Kongreß“ eine heftige Kontroverse aus, durch die der Nationale Verein letztlich zerbrach. Auffällig war die relativ geringe Teilnahme von Abgeordneten der Nationalversammlung an dem Kongreß. Allerdings verließen viele konstitutionell-liberale Parlamentarier zu dieser Zeit bereits die Nationalversammlung. Vergeblich versuchte der Kasseler Vorort, den Vereinsverband am Leben zu erhalten. Im Verlauf des Monats Juni löste sich der Nationale Verein schließlich auf.

Während in den südwestdeutschen und mitteldeutschen Staaten die konservativen Kräfte, die eine Bewahrung des monarchischen Prinzips sowie des gesellschaftlichen und politischen Status quo anstrebten, meist den konstitutionellen Vereinen oder den katholischen Piusvereinen beitraten und sich nur in Einzelfällen in dezidiert konservativen Vereinen formierten, gingen sie in Preußen einen anderen Weg. Die preußischen Konservativen um die „Kreuzzeitung“ erkannten den Zusammenhang von konstitutionellem System und Parteikämpfen und entwickelten daraus ein taktisches Verhältnis zum politischen Vereinswesen. So formulierte Ernst Ludwig von Gerlach: „Je größer der verfassungsmäßige Anteil des Volkes an der Leitung der Regierungsangelegenheiten, desto notwendiger ist die Gruppierung der Staatsbürger nach politischen Richtungen, mit anderen Worten die *Organisation politischer Parteien*. Die Bildung einer Partei hat den Zweck, alle Anhänger einer allgemeinen-grundsätzlichen politischen Richtung zu gemeinsamem Wirken zu vereinigen und hierdurch dieser Richtung den Sieg über abweichende zu verschaffen.“³² Schon seit Mai 1848 bildeten sich in Berlin und den benachbarten Provinzen mit den „Preußenvereinen“ und „Patriotischen Vereinen“ konservative Vereinsorganisationen. Als Interessenvertretung der Junker diente der „Verein zur Wahrung der Rechte des Grundbesitzes und zur Aufrechterhaltung des Wohlstandes aller Volksklassen“.

Der im Juli 1848 auf Initiative exponierter Konservativer im Umfeld der Kreuzzeitung und der königlichen Kamarilla, wie Leopold von Gerlach, Victor

³² Neue Preußische Zeitung („Kreuzzeitung“) (Berlin) 2. Beil. 53/31.8.1848, „Die Bildung einer konservativen Partei und der Verein für König und Vaterland.“ Zit. nach M. Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit, S. 392. Hervorhebungen in der Vorlage.

Aimé Hu
terland“ s
einer „Pa
wünschter
vertraten
Wahrung
Der preuß
und regio
Partei sp
„Generalc
mehr als 2
vativen Fr
für König
Sinne me
konservati
Mitglieder
vereine m
„Deutsche
gung und e
Der in
Monarchie
ze einer ke
und etwa
sichtlich se
ven zurück
aber hier a
cierten Lo
gehörten d
Sicherheit“
an.

Die kati
derfall inn
Gegensatz
umfassend
sche Katho

³³ Vgl. E. T
eil zwischen
Revolution
1988, S. 3

Aimé Huber und Bismarck, in Berlin gegründete „Verein für König und Vaterland“ strebte bereits eine konservative Sammlungspolitik und die Bildung einer „Partei“ an. Diese ehrgeizigen Ziele erreichte er jedoch nicht im erwünschten Umfang, zumal auch die Konservativen unterschiedliche Positionen vertraten und beispielsweise zwischen der Kreuzzeitung und dem Verein zur Wahrung der Rechte des Grundbesitzes Auffassungsunterschiede bestanden. Der preußische Konservatismus bezog seine Kraft offenbar gerade aus lokal und regional orientierten Interessen, die sich gegen eine Organisation in einer Partei sperrten. Im Mai 1849 gelang schließlich die Gründung eines „Generalcomitees der verbundenen monarchisch-konservativen Vereine“, dem mehr als 200 Vereine angeschlossen waren und das Verbindungen zur konservativen Fraktion im Landtag besaß. Der im Frühjahr 1849 gebildete „Treibund für König und Vaterland“ war dagegen kein politischer Verein im eigentlichen Sinne mehr und wies konspirativ-freimaurerische Züge auf. Mehr als 300 konservative Vereine unter verschiedensten Namen mit mindestens 60.000 Mitgliedern gab es im Sommer 1849. Hinzu kamen noch mehr als 250 Militärvereine mit etwa 50.000 Mitgliedern, die unter der Wortführerschaft der „Deutschen Wehrzeitung“ eine dezidiert konterrevolutionäre Massenbewegung und eigenständige Kraft innerhalb des konservativen Lagers darstellten.³³

Der im Mai 1848 in München gegründete „Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“ ist ein außerpreußisches Beispiel für Ansätze einer konservativen Parteibildung. Mit seinen 1.600 Münchener Mitgliedern und etwa 60 Zweigvereinen blieb der bayerische Verein aber ebenso wie hinsichtlich seiner Organisation und Aktivität hinter den preußischen Konservativen zurück. Er war auch eher den katholischen Vereinen zuzurechnen, stach aber hier aufgrund seiner offen politischen Frontstellung und seiner prononcierten Loyalität gegenüber der „angestammten“ Obrigkeit hervor. Daneben gehörten die „Sachsenvereine“, „Schutzvereine“, „Vereine für Ordnung und Sicherheit“ sowie meist auch Veteranenvereine dem konservativen Spektrum an.

Die katholischen Vereine, meist „Piusvereine“ genannt, bildeten einen Sonderfall innerhalb des politischen Vereinswesens der Revolutionsjahre. Im Gegensatz zu allen anderen politischen Richtungen der Revolutionszeit, die umfassende politische Zielsetzungen vertraten, konzentrierte sich der politische Katholizismus im wesentlichen auf das Verhältnis zwischen Kirche und

³³ Vgl. E. Trox, *Militärischer Konservatismus. Kriegervereine und „Militärpartei“ in Preußen zwischen 1815 und 1848/49*, Stuttgart 1990, S. 289 f.; W. Schwentker, *Konservative Vereine und Revolution in Preußen 1848/49. Die Konstituierung des Konservatismus als Partei*, Düsseldorf 1988, S. 321 f.

Staat. Als außerparlamentarische Organisation strebten die Piusvereine die Wahrung der Interessen der katholischen Kirche vor dem Hintergrund des politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesses an. Dabei war die von den Piusvereinen geforderte religiöse Freiheit als korporative Eigengesetzlichkeit und Unabhängigkeit der Kirche vom Staat zu verstehen. Initiiert und unterstützt wurden die Piusvereine häufig durch „ultramontan“-antirationalistische Kreise des katholischen Klerus. Inwieweit die Piusvereine überhaupt politische Vereine sein sollten, war auch unter diesen umstritten. Die Statuten des im März 1848 gegründeten Mainzer Vereins erteilten allgemein politischen Tendenzen eine klare Absage: „Solche Gegenstände der Politik, welche das Interesse der religiösen Freiheit nicht berühren, sind – da dieselben in den Bürgerversammlungen verhandelt werden – von den Verhandlungen des Vereins ausgeschlossen.“³⁴ Die einflußreichen katholischen Vereine in der preußischen Rheinprovinz und in Westfalen verfolgten dagegen auch offen übergeordnete politische Ziele. Besonders den Kölner Verein kennzeichnete ein allgemein- und sozialpolitisches Engagement, und der bereits erwähnte Münchener „Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“ vertrat einen dezidiert politischen Konservatismus.

Wie die anderen politischen Vereine beteiligten sich aber auch die Piusvereine in der Revolutionszeit an Wahlkämpfen und politischen Auseinandersetzungen, unterstützten ihre Kandidaten bei den Wahlen und unterhielten Verbindungen zu „ihren“ Abgeordneten und Politikern. So rief der Limburger Verein im März 1848 zur Bildung eines das ganze Herzogtum Nassau umfassenden katholischen Vereines auf, „um die Zersplitterung der Stimmen der Urwähler und Wahlmänner zu verhüten, [und] durch Namhaftmachung der das Vertrauen der katholischen Bürger besitzenden Wählbaren den katholischen Urwählern und Wahlmännern die Erfüllung ihrer hochwichtigen Pflicht [zu] erleichtern.“³⁵ Besonders erfolgreich waren die katholischen Vereine bei der Organisation von Massenpetitionen an die Nationalversammlung und an Landtage. Es gelang ihnen, zum Teil mit Hilfe von Vordrucken, einige der größten Petitionsbewegungen der Revolutionszeit zu initiieren. Nach den Wahlen ging die Aktivität der katholischen Vereine jedoch meist wieder zurück, und manche lösten sich sogar auf.

34 Statuten des Piusvereins Mainz 1848, § 11, abgedr. in: E. Heinen, *Katholizismus und Gesellschaft. Das katholische Vereinswesen zwischen Revolution und Reaktion (1848/49-1853/54)*, Idstein 1993, S. 79-81, hier S. 81.

35 „Katholiken Nassau's“, Limburg, 23. März 1848, abgedr. in: H. H. Schwedt, *Die katholische Kirche nach der Säkularisation*, in: *Herzogtum Nassau 1806-1866*, Wiesbaden 1981, S. 275-282, hier S. 279.

36 Dom- und
vereine. V
Jahre 1
37 Vgl. P. M
gen bis zu
noren die ös
und Gesell

Der erste Katholikentag, der auf Initiative des Mainzer Piusvereins vom 3. bis 5. Oktober 1848 als Versammlung der katholischen Vereine in Mainz stattfand, bildete einen wichtigen Einschnitt für die Entwicklung des katholischen Vereinswesens zur Partei. Die Piusvereine schlossen sich hier auf nationaler Ebene zum „Katholischen Verein Deutschlands“ zusammen, dessen Vorort turnusmäßig bis zum nächsten Katholikentag Mainz war. Zwar handelte es sich dabei nur um einen lockeren Verband mit einem geschäftsführenden und vollziehenden Vorort, doch zeigte die Teilnahme von Abgeordneten der Nationalversammlung am Katholikentag die engen Verbindungen zwischen dem katholischen Vereinswesen und dem „Katholischen Klub“, einer interfraktionellen Vereinigung in der Paulskirche. Zugleich war der Katholikentag Ausgangspunkt einer zweiten Gründungswelle von Piusvereinen. Bestanden innerhalb des ersten halben Jahres 17 Zentralvereine mit zahlreichen Filialen, so schlossen sich dem Vorort Mainz bis zum Januar 1849 bereits 30 Hauptvereine an³⁶, und die Zahl der Vereine stieg weiter. Mit 2.600 Mitgliedern und zusätzlich 110 Zweigvereinen dürfte der Hauptverein in Breslau im Mai 1849 einer der größten im Katholischen Verein Deutschlands gewesen sein.³⁷ Regionale Befunde deuten eine Verschiebung von kurzlebigen Gründungen im Frühjahr 1848 hin zu festeren Organisationsstrukturen an. Dennoch ist der genaue Umfang des katholischen Vereinswesens besonders schwer zu schätzen. Es kann aber als sicher gelten, daß es sich hier um eine der größten außerparlamentarischen Organisationen der Revolutionszeit mit mehreren hundert Vereinen gehandelt hat. Bei der Organisation des katholischen Vereinswesens spielten einflußreiche Haupt- oder Zentralvereine eine entscheidende Rolle. Ein großer überregionaler Verband katholischer Vereine waren die rheinischen und westfälischen Piusvereine, die sich im April 1849 unter Leitung Kölns zusammenschlossen.

Der politische Katholizismus besaß im Vergleich zu allen anderen politischen Richtungen das weiteste politische Spektrum. Dennoch lassen sich regionale Charakteristika ausmachen. So wiesen die unter dem Einfluß des anti-liberalen und reaktionären Moritz Lieber stehenden Piusvereine des Bistums Limburg und der Münchener Verein ausgesprochen konservative Züge auf, gepaart mit einem streng kirchlichen Traditionalismus auf religiösem Gebiet.

36 Dom- und Dözesanarchiv Mainz Abt. 41/II.3; darunter befanden sich vier österreichische Hauptvereine. Vgl. *F. Schnabel*, Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848, Heidelberg 1910, S. 45.

37 Vgl. *P. Mazura*, Die Entwicklung des politischen Katholizismus in Schlesien von seinen Anfängen bis zum Jahre 1880, Breslau 1925, S. 8ff., 15 f. Ähnlich umfangreich oder noch größer waren die österreichischen Vereine, insbesondere in Wien und Linz, vgl. *Heinen*, Katholizismus und Gesellschaft, S. 30.

Die katholischen Vereine in der Rheinprovinz besaßen dagegen oft radikale und demokratische Tendenzen, am ausgeprägtesten in Trier und in Koblenz, wo sich der katholische Volksverein über die Frage eines Bündnisses mit dem örtlichen demokratischen Verein spaltete. Im Juli 1849 forderte der Wiesbadener Verein sogar, „daß der durch seinen politischen Radikalismus neuerdings bekannt gewordene *Pius-Verein zu Trier* aus dem Gesamtverband der Pius-Vereine ausgeschlossen werden möge.“³⁸

Der Ausschlußantrag ist vor dem Hintergrund des offenen Konfliktes im Sommer 1849 um die Frage politischer Stellungnahmen zu sehen, bei dem Breslau geschäftsführend für den Katholischen Verein Deutschlands gegenüber dem einflußreichen Kölner Piusverein den Vorwurf erhob, daß dessen politisches Engagement „sowohl dem General-Beschluß [des zweiten Katholikentages in Breslau] als der Mahnung Sr. Heiligkeit“ zuwiderhandele.³⁹ Auf dem zweiten Katholikentag in Breslau vom 9.-11. Mai 1849 hatte die Mehrheit der katholischen Vereine ausdrücklich festgestellt: „Die corporative Beteiligung der katholischen Vereine an *rein politischen Fragen* bleibt ganz ausgeschlossen. [...] Der Vorort ist angewiesen, die Beachtung dieses Beschlusses von Seiten der Einzelvereine zu überwachen.“⁴⁰ Dies sollte jedoch nicht als „Ausstieg“ des katholischen Vereinswesens aus der Politik mißverstanden werden, vielmehr ging es auch darum, Vorkehrungen gegen zu erwartende staatliche Vereinsverbote zu treffen. Tatsächlich mußten daher besonders die „politisierten“ rheinischen Vereine in der Reaktionszeit unter Repressalien leiden. Außerdem hatte sich, wie das rheinische Beispiel zeigte, das politische Engagement katholischer Vereine für diese als ambivalent erwiesen, da es ihre Anhängerschaft in politischen Fragen zu spalten drohte. Der Rückzug auf kirchen- und bildungspolitische sowie religiöse und karitative Ziele im Sommer 1849 begünstigte den Einfluß des Klerus auf die katholischen Vereine und stärkte deren konservative Ausrichtung.

Die organisierte Arbeiterbewegung befand sich in den deutschen Staaten zu Beginn der Revolutionszeit noch in ihren Anfängen. Erst allmählich zeichneten sich programmatische Profile und organisatorische Strukturen ab, die noch heterogen und uneinheitlich waren. Die Bemühungen um Zusammenschlüsse von Arbeitervereinen wurden in besonderem Maße einerseits durch interne

38 Nassauische Allgemeine Zeitung (Wiesbaden) 178/29.7.1849, Hervorhebung in der Vorlage.

39 Kölnische Zeitung 145/19.6.1849, zit. nach *Heinen*, *Katholizismus und Gesellschaft*, S. 66; vgl. auch *J. Herres*, *Städtische Gesellschaft und katholische Vereine im Rheinland 1840-1870*, Essen 1996, S. 311.

40 Katholische Sonntagsblätter zur Belehrung und Erbauung (Mainz) 37/16.9.1849, Hervorhebung in der Vorlage.

Differenzen, tumserschwa fürchteten. D zahlenmäßig terbewegung wickelten sic Organisation folgten jedoc allgemein po Programm der mit dem spektive eine anfänglichen Zentralbehöre terorganisatio für Köln, wo vereine der R schalk, urteilt pulär ist und allein agieren zer Arbeiters „provisorische eine ausersehe April 1848 in aufträte, so w nicht den verv or Gerade im lungen in den meinen deutsc gangen war, s rer Karl Geor Interessengleic samen Feind i

41 Andreas Gotts (Hrsg.), *Vorn*

42 Der Bund der S. 754. Marx

wegung voran gung.

Differenzen, andererseits aber durch die Gegnerschaft aus Teilen des Bürgertums erschwert, die hierin eine Verschwörung für eine „rote Revolution“ befürchteten. Da die Fabrikarbeiterschaft 1848 in den deutschen Staaten noch zahlenmäßig schwach und im Entstehen begriffen war, besaß die frühe Arbeiterbewegung einen stark handwerklichen Charakter. Die Arbeitervereine entwickelten sich vor Ort vor dem Hintergrund eines Geflechts handwerklicher Organisationen, von Gesellenvereinen, Gewerken und Berufsverbänden, verfolgten jedoch im Gegensatz zu diesen berufsübergreifend sozialpolitische und allgemein politische Ziele.

Programmatisch am weitesten entwickelt war der Bund der Kommunisten, der mit dem Kommunistischen Manifest im Februar 1848 die Zukunftsperspektive einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft entwickelte. Die anfänglichen Versuche von Karl Marx und der von ihm geleiteten Kölner Zentralbehörde, mit Hilfe der Gemeinden des Bundes Einfluß auf die Arbeiterorganisationen zu gewinnen, blieben größtenteils erfolglos. Dies gilt selbst für Köln, wo sich mit zeitweise 5.000 Mitgliedern einer der größten Arbeitervereine der Revolutionszeit befand. Sein Vorsitzender, der Arzt Andreas Gottschalk, urteilte am 26. März 1848, daß „der Name 'Republik' durchaus unpopulär ist und das Proletariat wenigstens hier nicht stark genug ist, für sich allein agieren zu können.“⁴¹ Noch drastischer fiel die Beschreibung des Mainzer Arbeitervereins aus, der immerhin vom Bund der Kommunisten als „provisorisches Zentralkomitee“ einer Vereinigung der deutschen Arbeitervereine ausersehen war. So schrieb das Bundesmitglied Johannes Schickel am 14. April 1848 in einem Brief an Karl Marx: „Wenn hier einer als Kommunist aufträte, so würde er gewiß zu Tode gesteinigt, obschon diese Rinder auch nicht den verworrensten Begriff von dem, was Kommunismus ist, haben.“⁴²

Gerade im Süden und Südwesten waren handwerklich-zünftische Vorstellungen in den Arbeitervereinen stark verbreitet. Auf dem Frankfurter „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Congreß“, der aus dem Gesellenkongreß hervorgegangen war, setzte sich im August/September 1848 der Kasseler Gewerbelehrer Karl Georg Winkelblech mit seinem „Föderal-System“ durch, das eine Interessengleichheit von Meistern und Gesellen postulierte und den gemeinsamen Feind in der „Geldmacht“ sah. Eine zünftische Innungsverfassung und

41 Andreas Gottschalk an Moses Hess in Brüssel, Köln 26. März 1848, abgedr. in: *H. Fenske* (Hrsg.), *Vormärz und Revolution 1840-1849*, Darmstadt 1976, hier S. 275.

42 Der Bund der Kommunisten. *Dokumente und Materialien*, Bd. I: 1836-1849, Berlin (Ost) 1970, S. 754. Marx suchte mit seiner „Neuen Rheinischen Zeitung“ vor allem die demokratische Bewegung voranzubringen und widmete sich erst seit der Jahreswende 1848/49 der Arbeiterbewegung.

die staatliche „Organisation der Arbeit“ durch ein „soziales Parlament“ und ein „soziales Ministerium“ gehörten zu den zentralen Forderungen Winkelblechs. Der Arbeiter-Congreß beschloß ferner die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins und wählte einen Zentralvorstand, dem besonders Mitglieder von Arbeitervereinen in der Rhein-Main-Region angehörten. Die Folgen des Septemberaufstands in Frankfurt, an dem sich auch Mitglieder des Frankfurter Arbeitervereins beteiligten, und die Rückkehr Winkelblechs zur Gewerbeschule behinderten die Organisationsbestrebungen des allgemeinen deutschen Arbeitervereins jedoch nachhaltig. Auch eine „Allgemeine Deutsche Arbeiter-Zeitung“ wurde von den „Föderalisten“ herausgegeben, diese kam aber über ihre erste Nummer vom 4. Januar 1849 nicht hinaus. Am 14. Januar 1849 konnte schließlich in Hanau ein Bezirksverband der „föderalistischen“ Arbeitervereine in der Rhein-Main-Region gegründet werden.

Erst der Arbeiterverbrüderung Stephan Borns gelang die dauerhafte Bildung eines eigenständigen Verbandes der Arbeitervereine auf nationaler Ebene. Bereits am 11. April 1848 wurde unter seiner Leitung in Berlin das „Zentralkomitee für Arbeiter“ gebildet und im Juni ein Programm verabschiedet, das u.a. Forderungen nach Minimallohn und Arbeitszeitbegrenzungen, Einführung progressiver Einkommenssteuern und Abschaffung der indirekten Steuern, staatlicher Fürsorge für Invaliden und „Hilflose“, unentgeltliche Erziehung und Bildung der Jugend sowie Aufhebung aller Beschränkungen „für das Reisen der Arbeiter“ enthielt.⁴³ Parallel zum Frankfurter Kongreß veranstaltete das Zentralkomitee in Berlin im August/September 1848 zusammen mit sächsischen und norddeutschen Arbeitervereinen einen Arbeiterkongreß, der die solidarische Selbsthilfe durch Produktionsassoziationen und Hilfskassen beschloß: „Wir Arbeiter müssen uns selbst helfen, das ist das Prinzip, von dem der Congreß zu Berlin ausging.“⁴⁴ Doch wie der Frankfurter Kongreß, so vermied auch der Berliner jede Konfrontation mit den Meistern: „Der allgemeine deutsche Arbeitercongreß zu Berlin nahm keine Gegensätze von Meistern und Gesellen an, wie sie das mittelalterliche Zunftwesen uns aufbewahrt hat, für ihn gab es nur die modernen gesellschaftlichen Gegensätze von Kapitalisten und Arbeitern.“⁴⁵ Unter Leitung eines Zentralkomitees in Leipzig als eigenständigem Spitzengremium wurde die „Arbeiterverbrüderung“ als Orga-

43 Programm des Berliner Zentralkomitees für Arbeiter, Juni 1848, abgedr. in: *Fenske*, Vormärz und Revolution, Darmstadt 1976, S. 312-313.

44 Rundschreiben des Zentralkomitees an sämtliche Arbeiter und Arbeitervereine Deutschlands, Leipzig, 18. Sept. 1848, abgedr. in: *H. Schlechte* (Bearb.), Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848-1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig, Weimar 1979, S. 338-340, hier S. 339.

45 Ebd.

nisation der Arbeit herausgab. Auch die Vorstellungen der Arbeitervereine der deutschen Arbeitervereine vom 28./29. Januar 1849, die die meisten Arbeitervereine an. Weimar (Febr. 1849), Hanau gehörten der Arbeitervereine Vereinsorganisation, der den Unkristliche, katholische Entscheidend für ihre praktische Wanderunterstützung, keine straffe Organisation takte zu den Bezirksvereine gemeinsame Verbands- und Ortsvereine unabhängig, und eine neue fehlte noch.

Die Arbeitervereine schen Bewegung gegenseitige Unterstützung und die Bildung. Die politische grundsätzlich von ihrer sozialen Form meist ein radikale Organisationen der Arbeitervereine schen Bereich be. Allerdings wurde die Kampagne waren besonders

46 Vgl. *F. Balsler*, Die Arbeitervereine in Leipzig 1848-1850, Leipzig 1965, hier Bd. 1, S.

Parlament“ und ein
gen Winkelblechs
allgemeinen deut-
m besonders Mit-
gehörten. Die Fol-
sh Mitglieder des
Winkelblechs zur
des allgemeinen
emeine Deutsche
eben, diese kam
s. Am 14. Januar
föderalistischen“

dauerhafte Bil-
nationaler Ebe-
g in Berlin das
mm verabschie-
itbegrenzungen,
g der indirekten
entgeltliche Er-
ränkungen „für
Kongreß veran-
848 zusammen
rbeiterkongreß,
1 und Hilfskas-
as Prinzip, von
er Kongreß, so
m: „Der allge-
sätze von Mei-
ns aufbewahrt
ätze von Kapi-
in Leipzig als
ing“ als Orga-

Fenske, Vormärz
ine Deutschlands,
eutsche Arbeiter-
beiter in Leipzig,

nisation der Arbeitervereine gegründet, die die Zeitschrift „Die Verbrüderung“ herausgab. Auch die Arbeiterverbrüderung war stark durch handwerkliche Vorstellungen geprägt.

Die Arbeiterverbrüderung entwickelte sich rasch zum nationalen Verband der deutschen Arbeitervereine: Auf dem Arbeiterkongreß in Heidelberg am 28./29. Januar 1849 setzte sich Stephan Born gegen Winkelblech durch, und die meisten Arbeitervereine im Südwesten schlossen sich der Arbeiterverbrüderung an. Weitere Etappen bildeten die regionalen Kongresse in Hamburg (Febr. 1849), Halle (März 1849) und Nürnberg (Apr. 1849). Im Frühjahr 1849 gehörten der Arbeiterverbrüderung mehr als 15.000 Mitglieder aus etwa 170 Arbeitervereinen an.⁴⁶ Sie erreichte damit einen im Vergleich mit anderen Vereinsorganisationen der Revolutionszeit erstaunlich hohen Organisationsgrad, der den Umstand, daß es insgesamt weniger Arbeitervereine als demokratische, katholische, aber auch konstitutionelle Vereine gab, kompensierte. Entscheidend für den organisatorischen Erfolg der Arbeiterverbrüderung war ihre praktische, sozialpolitische Ausrichtung, insbesondere ihr System der Wanderunterstützungskassen. Aber auch die Arbeiterverbrüderung kannte keine straffe Organisation. Vielmehr förderte das Zentralkomitee durch Kontakte zu den Bezirken und Ortsvereinen sowie durch die „Verbrüderung“ die gemeinsame Verbundenheit und die kollektive Willensbildung. Die Bezirke und Ortsvereine blieben dagegen organisatorisch und programmatisch selbständig, und eine homogene politisch-soziale Programmatik der Arbeitervereine fehlte noch.

Die Arbeitervereine waren in der Revolutionszeit eng mit der demokratischen Bewegung verbunden. Üblich waren Doppelmitgliedschaften, die gegenseitige Unterstützung bei Aktionen, die feste Zusammenarbeit in Verbänden und die Bildung gemeinsamer Ausschüsse auf lokaler und regionaler Ebene. Die politischen Ziele der Arbeitervereine unterschieden sich nicht grundsätzlich von denen der Demokraten, allerdings bildeten sie aufgrund ihrer sozialen Forderungen und ihrer stärker republikanischen Neigungen meist ein radikales Element innerhalb der demokratischen „Partei“. Die Organisationen der Arbeiterbewegung blieben 1848/49 auf den außerparlamentarischen Bereich beschränkt, eine parlamentarische Vertretung hatten sie nicht. Allerdings wurde das Werk der Nationalverfassung während der Reichsverfassungskampagne von ihnen unterstützt. Ein Kennzeichen der Arbeitervereine waren besonders extreme Schwankungen der Mitgliedschaft. Besaß der Kölner

⁴⁶ Vgl. F. Balsler, Sozial-Demokratie 1848/49-1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution, 2 Bde., 2. Aufl., Stuttgart 1965, hier Bd. 1, S. 72 ff.

Verein im Mai 1848 5.000 Mitglieder, so waren es im Oktober noch maximal 120; in Frankfurt sank die Mitgliederzahl von 2.000 im Mai 1848 auf 303 im Juli, um dann wieder auf 2.000 im September 1848 zu steigen. Dies war Ausdruck der besonders starken Repressalien, denen diese Vereine unterworfen waren, aber auch der Fluktuation aufgrund von Wanderungen der meist aus Gesellen bestehenden Mitglieder.

Die Parteivereine der Revolutionszeit, die sich zu förmlichen Massenorganisationen entwickelten, besaßen ihre Vorbilder vor allem in England und Irland. Der Abgeordnete Venedey führte bei der Beratung im Vorfeld der Gründung des Centralmärzvereins am 22. November 1848 das Beispiel der Anti-Corn Law League, der Catholic Association und der Reform Association an.⁴⁷ Generell wurden immer wieder die Parallelen zu der Massenmobilisierung sowie der auf die Verfassung und ein demokratisches Wahlrecht gerichteten Zielsetzung der englischen Chartistenbewegung betont. Der berühmte Chartistenführer Feargus O'Connor war in Kreisen deutscher Demokraten und Republikaner der Revolutionszeit wohlbekannt und die Geschichte der Chartisten Gegenstand der Publizistik. Für die katholischen Vereine dienten besonders die Catholic Association und die irische Repeal-Bewegung für die Auflösung der Union zwischen Irland und Großbritannien als Vorbilder für die Bildung von Vereinen und die Initiierung einer Petitionsbewegung. Damit einher gingen die Verehrung der charismatischen Führungsgestalt der irischen Bewegung, Daniel O'Connell, und eine positive Bewertung des Vereinswesens durch die katholische Publizistik schon im Vormärz. Auch die katholische Vereins- und Petitionsbewegung im Frankreich der 1840er Jahre, die Association Catholic, die Religions- und Unterrichtsfreiheit forderte, wurde häufig beispielhaft hervorgehoben.

2 Struktur, Verbreitung und Aktionsräume

Das politische Vereinswesen der Revolutionszeit war ein Massenphänomen, das Hunderttausende erfaßte; dies ist ein Ergebnis, das es festzuhalten gilt. Die Zahl der Vereine und der an ihnen Beteiligten ist jedoch sehr schwer zu schätzen, da viele Vereine kurzlebig und durch Mitgliederfluktuationen gekennzeichnet waren. Dennoch kann festgestellt werden, daß der zahlenmäßige Umfang in der Vergangenheit eher unterschätzt worden ist. Während bei-

⁴⁷ Tagebuch von Moritz Hallbauer, in: *L. Bergsträsser* (Hrsg.), *Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern*, Frankfurt a.M. 1929, S. 149-322, hier S. 167.

spielsweise
50 schätzte
servative
größten V
im Frühjah
Insgesamt
mehrere ta
der Verein
gliedschaft
nen, die w
ren⁴⁹, dürft
tische Vere
konstitution
heiten abge
ten nur in
die aber da
besaß die w
zeit, obglei
Bei aller K
doch ein ei
hohen Grad
Die sozi
angenomme
Arbeiter tra
teilte sich
ten, in Unte
kraten in g
Mehrheit de
der demokr
und handw
Bildungsbü
gesinnte Do
ßen die kon

⁴⁸ Vgl. *J. Pasch*
ml der demokr
dagegen Sch
Konservatis
sche und der

⁴⁹ Vgl. *H. Fern*
53 1994, S. 77

r noch maximal
848 auf 303 im
. Dies war Aus-
ne unterworfen
n der meist aus

en Massenorga-
n England und
im Vorfeld der
as Beispiel der
rm Association
assenmobilisie-
hlrecht gericht-
Der berühmte
emokraten und
chte der Charti-
dienten beson-
für die Auflö-
rbilder für die
vegung. Damit
alt der irischen
Vereinswesens
lie katholische
e, die Associa-
wurde häufig

senphänomen,
alten gilt. Die
rwer zu schät-
onen gekenn-
zahlenmäßige
Während bei-

ter. Parlament in
und, 2001

spielsweise Paschen die Zahl der konservativen Vereine in Preußen noch auf 50 schätzte, haben neuere Spezialstudien mehr als 300 in engerem Sinne konservative und zusätzlich mehr als 250 Militärvereine gefunden.⁴⁸ Allein dem größten Vereinsverband der Revolutionszeit, dem Centralmärzverein, waren im Frühjahr 1849 schon mehr als tausend Mitgliedsvereine angeschlossen. Insgesamt dürfte es in den deutschen Staaten während der Revolutionszeit mehrere tausend politische Vereine gegeben haben. Schwieriger ist die Zahl der Vereinsmitglieder anzugeben, da diese stark fluktuierte und Doppelmitgliedschaften sehr verbreitet waren. Die Schätzung von etwa 800.000 Personen, die während der Revolutionszeit in politischen Vereinen organisiert waren⁴⁹, dürfte aber nicht zu hoch gegriffen sein. Am stärksten war das demokratische Vereinswesen verbreitet, gefolgt von den katholischen Vereinen. Die konstitutionellen Liberalen besaßen im allgemeinen, von regionalen Besonderheiten abgesehen, deutlich geringere Vereinszahlen. Die Konservativen konnten nur in Preußen eine nennenswerte eigene Vereinsorganisation aufbauen, die aber dafür dort einen beachtlichen Umfang aufwies. Die Arbeiterbewegung besaß die wenigsten Vereine und die geringste Vereinsdichte der Revolutionszeit, obgleich die Arbeitervereine durch besondere Aktivität hervorstachen. Bei aller Kurzlebigkeit vieler dieser Vereine demonstrieren diese Angaben doch ein eindrucksvolles politisches Engagement in der Bevölkerung und den hohen Grad der Mobilisierung und Politisierung, der 1848/49 erreicht wurde.

Die soziale Struktur des politischen Vereinswesens war breiter, als bisher angenommen. Nicht nur das städtische Bürgertum, Handwerker, Gesellen und Arbeiter traten politischen Vereinen bei, auch die ländliche Bevölkerung beteiligte sich in einem beachtlichen Ausmaß. In den südwestdeutschen Gebieten, in Unterfranken, Thüringen und Schlesien gelang es vor allem den Demokraten in größerem Umfang, bäuerliche Anhänger zu gewinnen, und die Mehrheit der demokratischen Vereine befand sich dort in Dörfern. Der Kern der demokratischen Vereinsmitglieder entstammte jedoch kleingewerblichen und handwerklichen Schichten. In der Führungsgruppe traten Angehörige des Bildungsbürgertums und Intellektuelle hervor, auf dem Land demokratisch gesinnte Dorfschullehrer und Pfarrer. Ein deutlich bürgerlicheres Profil besaßen die konstitutionell-liberalen Vereine, die im wesentlichen auf Städte be-

48 Vgl. *J. Paschen*, *Demokratische Vereine und preußischer Staat. Entwicklung und Unterdrückung der demokratischen Bewegung während der Revolution von 1848/49*, München 1977, S. 90 f.; dagegen *Schwentker*, *Konservative Vereine und Revolution*, S. 321 f. und *Trox*, *Militärischer Konservatismus*, S. 23 f., 289 f., der darauf hinweist, daß Paschens Zahlen auch für das katholische und demokratische Vereinswesen nicht zutreffen dürften.

49 Vgl. *H. Fenske*, *Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Paderborn 1994, S. 77 f.

schränkt blieben. In ihnen versammelten sich insbesondere Kaufleute, Staatsdiener und Handwerksmeister. Die konservativen Vereine unterschieden sich von ihnen dadurch, daß sie daneben tendenziell stärker Angehörige kleingewerblicher, handwerklicher und sogar unterbürgerlicher Schichten für sich gewinnen konnten.

Arbeiter und Handwerksgelesen stellten die Mitgliedschaft der Arbeitervereine, wobei in deren Vorständen wie bei den demokratischen Vereinen Bildungsbürger und Intellektuelle eine wichtige Rolle spielten. Auffällig war bei den handwerklichen Mitgliedern der Arbeitervereine die Dominanz bestimmter Berufe, vor allem der Buchdrucker, der Schuhmacher, Schneider und Schreiner. Dies ist ein Indiz für die wirtschaftlichen Probleme insbesondere im sogenannten „Massenhandwerk“, aber auch für Organisationserfahrungen und frühe gewerkschaftliche Bestrebungen, beispielsweise bei den Druckern. Eine sozial sehr heterogene Mitgliedschaft besaßen die Piusvereine, die eine Spannweite von unterbürgerlichen bis zu wohlhabenden bürgerlichen Schichten besaßen und sich auch in nennenswertem Umfang auf dem Land ausbreiten konnten. Den Kern der Mitgliedschaft katholischer Vereine bildeten jedoch Stadtbewohner mit bürgerlichen und kleingewerblichen Berufen. In den Piusvereinen nahmen häufig Geistliche Führungspositionen ein, während Angehörige des Staatsdienstes hier seltener waren. Diese knappe Skizze deutet darauf hin, daß sich bei den entstehenden politischen Parteien trotz vielfacher Überlappungen bereits soziale Profile herausbildeten. Am meisten traf dies auf die Arbeiterbewegung und die konstitutionellen Liberalen zu, am wenigsten wohl auf das katholische Vereinswesen, bei dem die katholische Religion über soziale und kulturelle Barrieren hinweg integrierend wirkte.

Zu den neuen und für viele Zeitgenossen irritierendsten Phänomenen des politischen Vereinswesens gehörte die Teilnahme von Frauen. Bereits im Vormärz gab es Frauenvereine, die durch ihre karitative Arbeit politische Ziele unterstützten, wie etwa die Unterstützungsvereine für die Polen. Die Revolutionszeit brachte hier eine starke quantitative Zunahme und eine Erweiterung der Tätigkeitsfelder mit sich. Es entstanden allenthalben Frauenvereine, die in vieler Hinsicht die politischen Bestrebungen der Männer unterstützten und eine komplementäre oder fördernde Funktion wahrnahmen, zugleich aber nicht selten auch Freiräume für eigene Aktivitäten schufen. Hierzu gehörten beispielsweise Frauenvereine, die Fahnen für Turnvereine oder Bürgerwehren anfertigten, oder solche, die den Verkauf einheimischer Produkte förderten. Im demokratischen politischen Spektrum wurden demokratische Frauenvereine gegründet, die sich bereits Statuten, Vorstände und Tagesordnungen gaben. Auch sie unterstützten die politische Tätigkeit der (männlichen) Demokraten-

vereine, un
erfüllten si
den Sitzung
gen geleser
enturnverei
den solcher
heiratet. D
Größe errei
im Sommer
kleineren G
frauen, „we
wie ein Ko
Frauen unter
freiere und
Vereine die
Die Teil
wurde in de
einer förmli
Zuhörerinne
scher Verei
spielsweise
viert. Bamb
auch den Br
begreifliche
Damen saße
Rednerbühn
aber ihre pa
nossen war
gen müssen
kritisierte ei
den öffentli
liberal-konst
nen teilnah
Katholikenta

50 Mainzer Zeit
51 Vgl. S. Pale
Gemeinden I
52 L. Bamberg
53 Nassauische

leute, Staats-
chieden sich
tliche kleinge-
ten für sich
er Arbeiter-
en Vereinen
uffällig war
minanz be-
neider und
esondere im
rungen und
ckern. Eine
eine Spann-
Schichten
ausbreiten
eten jedoch
n den Pius-
nd Angehö-
utet darauf
cher Über-
lies auf die
gsten wohl
on über so-
menen des
Bereits im
ische Ziele
Revoluti-
rweiterung
ine, die in
n und eine
aber nicht
örten bei-
gerwehren
erten. Im
tenvereine
en gaben.
mokraten-

vereine, und durch ihre Hilfen für verfolgte Demokraten und deren Familien erfüllten sie eine wichtige Aufgabe. Außerdem sollen die Teilnehmerinnen in den Sitzungen solcher demokratischen Frauenvereine auch politische Zeitungen gelesen und aktuelle Themen diskutiert haben. Es entstanden sogar Frau-enturnvereine. Wohl nicht zufällig waren vor allem die Frauen in den Vorstän- den solcher Vereine häufig mit demokratischen Männern verwandt oder ver- heiratet. Die Frauenvereine der Revolutionszeit konnten eine beachtliche Größe erreichen, so zum Beispiel der Mainzer Frauenverein „Humania“, dem im Sommer 1849 1.647 Mitglieder angehörten, und es gab auch Vereine in kleineren Gemeinden, bis hin zu einem demokratischen Leseverein von Land- frauen, „welche uns die Milch, Butter und Käse hierher zu Markt bringen“, wie ein Korrespondent aus der Stadt schrieb.⁵⁰ Vielfach waren freireligiöse Frauen unter den Vereinsgründerinnen, die in ihren religiösen Gemeinden eine freiere und gleichberechtigte Rolle gewöhnt waren.⁵¹ Dennoch strebten die Vereine die politische Gleichberechtigung von Frauen nicht an.

Die Teilnahme von Frauen an den (männlichen) demokratischen Vereinen wurde in der Revolutionszeit ebenfalls erwogen. Obwohl es offenbar nicht zu einer förmlichen Mitgliedschaft von Frauen kam, so waren diese aber doch als Zuhörerinnen bei Veranstaltungen und regulären Sitzungen einiger demokrati- scher Vereine zugelassen. Im demokratischen Verein in Mainz wurden bei- spielsweise hundert Sitzplätze in den vorderen Reihen eigens für Frauen reser- viert. Bamberger berichtete darüber später: „Im Verlauf der Zeit führten wir auch den Brauch ein, daß das weibliche Element Zutritt hatte, und dies war uns begreiflicher Weise für unsere Propaganda so nützlich wie angenehm. Die Damen saßen auf den vordersten Bänken, der Estrade des Vorstandes und der Rednerbühne zunächst. Aktiv beteiligten sie sich nicht an den Verhandlungen, aber ihre passive Assistenz leistete doch das ihrige.“⁵² Konservativeren Zeitge- nossen war die politische Betätigung von Frauen suspekt: „Die großen Zeitun- gen müssen gelesen werden, was auch Küche und Keller dazu sagen mögen“, kritisierte ein Kommentator.⁵³ Immerhin ist aber bezeugt, daß Frauen auch an den öffentlichen Veranstaltungen der Katholikentage und des Kongresses liberal-konstitutioneller Vereine in Kassel im November 1848 als Zuhörerinn- en teilnahmen. Bemerkenswert war insbesondere der Beschluß des zweiten Katholikentages in Breslau, Frauen als hörende Mitglieder bei Sitzungen von

50 Mainzer Zeitung 67/20.3.1849.

51 Vgl. S. Paletschek, Frauen und Dissens. Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841-1852, Göttingen 1990.

52 L. Bamberger, Erinnerungen, hrsg. von Paul Nathan, Berlin 1899, S. 80.

53 Nassauische Allgemeine Zeitung (Wiesbaden) 241/21.12.1848.

Piusvereinen zuzulassen. Derartige Fragen waren jedoch im katholischen Vereinswesen sehr umstritten, und generell war das Wirkungsspektrum von Frauen hier noch stärker auf karitative und soziale Aufgaben beschränkt als bei den Demokraten.

Die Vereinsgründungen ereigneten sich nicht kontinuierlich, sondern in aufeinanderfolgenden Wellen. Der erste große Anstieg fand im Mai/Juni 1848 im Zusammenhang mit den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung und dem ersten Demokratenkongreß statt. Eine schwächere Gründungswelle folgte zwischen August und Oktober, der sich die beiden größten Wellen mit steigender Tendenz im Dezember/Januar und im März/April 1849 anschlossen. Vereinsversammlungen wie die Demokratenkongresse und die Katholikentage sowie Gründungsaufrufe wirkten initiierend. Daneben lösten Ereignisse wie die Wahlen und die Reichsverfassungskampagne Vereinsgründungen aus, und auch als Reaktion auf die Siege der Konterrevolution bildeten sich gelegentlich vermehrt Vereine. Im Winter 1848/49 entstanden in manchen Regionen auch zahlreiche Vereine auf dem Lande, wobei die Vermutung nahe liegt, daß dabei auch der agrarische Zyklus eine bestimmende Rolle spielte. Vereinsgründungen und entsprechende Aktivitäten in ländlichen Gemeinden traten dann gehäuft auf, wenn auf dem Feld wenig zu arbeiten war. So hieß es Ende Oktober 1849 über einen Verein im ländlichen Nassau: „seitdem die längeren Abende den Menschen zur Vereinigung, zur Besprechung des gemeinsamen Wohles und Wehes auffordern, tritt auch unser demokratischer Bürgerverein mit erneuter Kraft ins Leben, während er den Sommer hindurch, welchen der Nassauer zum mühsamen Kampf mit der Natur verwenden muß, um ihren Bergen das Nothwendigste für's Dasein abzurufen, ein Scheinleben gefristet hatte.“⁵⁴

Für die Ausbreitung politischer Vereine war es von erheblicher Bedeutung, ob es gelang, Filialen oder Zweigvereine auf dem Lande zu gründen. Die größten Erfolge hatten hierbei die Demokraten, gefolgt von den Piusvereinen. Auch die regionale Verflechtung des politischen Vereinswesens hing wesentlich von der Bildung solcher dörflichen Vereine ab. Das Vereinswesen wies daher eine höchst unterschiedliche Dichte auf und war durch eine ausgeprägte Regionalisierung gekennzeichnet. Verdichtungszonen des politischen Vereinswesens insgesamt gab es in einem breiten Gürtel von Schlesien im Osten über Sachsen, die thüringischen Staaten, Franken und Hessen bis zum Rheinland im Westen sowie im Südwesten einschließlich der linksrheinischen Gebiete bis zum Mittelrhein. Im gesamten Norden bildeten sich dagegen nur wenig Vereine, die weitgehend auf die größeren Städte beschränkt blieben. Die Vereinsverbände der Revolutionszeit dehnten sich fast durchweg kaum auf

54 Freie Zeitung (Wiesbaden) 259/31.10.1849.

Österreich
entwickelten
Katholische
umfaßte. D
im Gege
gleich auch
einsverflech
Es bildet
kratischen
75.000 Mitg
(120 Verein
Vereine, bis
Unterfranke
bestand auch
vinz und in
hältnismäßig
sche Vereins
Teilen Nord
Preußens, hi
dagegen nich
zweiten Dem
gischen Ver
schlimm ist e
Berichterstatt
in Schleswig
samt geringer
auch hier der
bewegung in
seiner Aktivit

55 Vgl. R. Weber
56 Vgl. M. Wetze
Revolutionsall
furt, Wiesbade
57 Vgl. ders., Da
von 1848/49,
1984/85, S. 73
58 Vgl. Langewie
232 f.
59 Hauptstaatsarc
Congresses zu
60 Ebd., S. 8.

holischen Ver-
trum von Frau-
inkt als bei den

h, sondern in
Mai/Juni 1848
sammlung und
gswelle folgte
ellen mit stei-
) anschlossen:
Katholikentage
Ereignisse wie
ngen aus, und
h gelegentlich
egionen auch
egt, daß dabei
reinsgründun-
ten dann ge-
Ende Oktober
geren Abende
amen Wohles
erein mit er-
hen der Nas-
ihren Bergen
stet hatte.⁵⁴

r Bedeutung;
gründen. Die
Piusvereinen:
hing wesent-
swesen wies
ausgeprägte
ischen Ver-
en im Osten
zum Rhein-
nischen Ge-
lagegen nur
blieben. Die
g kaum auf

Österreich aus, und sofern sich Beziehungen zu österreichischen Vereinen entwickelten, blieben sie meist schwach. Eine Ausnahme bildete dabei der Katholische Verein Deutschlands, der auch mehrere österreichische Vereine umfaßte. Dies war ein Ausdruck der großdeutschen Haltung der Piusvereine im Gegensatz zu den anderen politischen Richtungen. Hieraus kann aber zugleich auch eine sich abzeichnende Isolierung Österreichs innerhalb der Vereinsverflechtungen und Kommunikationsströme abgeleitet werden.

Es bildeten sich regionale „Hochburgen“ politischer Parteien: Die demokratischen Vereine besaßen ihre Schwerpunkte in Sachsen (280 Vereine, 75.000 Mitglieder im April 1849)⁵⁵, im Rhein-Main-Gebiet, in Rheinhessen (120 Vereine, 14.000 Mitglieder im Mai 1849)⁵⁶ und in der Rheinpfalz (173 Vereine, bis zu 18.000 Mitglieder im April 1849)⁵⁷, in Thüringen, in Baden, in Unterfranken (306 Vereine Anfang Juli 1849)⁵⁸ und in Hohenzollern. Daneben bestand auch in Oberhessen, Mittelfranken, Schlesien, Teilen der Rheinprovinz und in Württemberg, hier besonders im Jagst- und Neckarkreis, ein verhältnismäßig dichtes Vereinsnetz. In diesen Gebieten erfaßte das demokratische Vereinswesen in breitem Umfang auch dörfliche Gemeinden. In weiten Teilen Norddeutschlands, in Niederbayern und in den östlichen Provinzen Preußens, hier besonders in Pommern, konnten die demokratischen Vereine dagegen nicht Fuß fassen. Resignierend berichtete ein Delegierter auf dem zweiten Demokratenkongreß in Berlin im Oktober 1848 über die mecklenburgischen Verhältnisse: „Die Mecklenburger gelten für politische Barbaren. So schlimm ist es nicht, aber wir sind zurück“⁵⁹, und der schleswig-holsteinische Berichterstatter meinte gar: „Nirgends sind die Verhältnisse so ungünstig, wie in Schleswig-Holstein.“⁶⁰ Die Arbeitervereine konnten aufgrund ihrer insgesamt geringen Zahl keine flächendeckende Ausbreitung erreichen, doch waren auch hier deutliche Schwerpunkte auszumachen: Das Zentrum der Arbeiterbewegung in der Revolutionszeit bildete hinsichtlich der Vereinsdichte und seiner Aktivität Sachsen mit insgesamt 55 Vereinsorten. Es folgten Mittel- und

55 Vgl. R. Weber, Die Revolution in Sachsen 1848/49, Berlin (O) 1970, S. 251.

56 Vgl. M. Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum: Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989, S. 335.

57 Vgl. ders., Das liberale und demokratische Vereinswesen in der Pfalz während der Revolution von 1848/49, in: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern 22/23, 1984/85, S. 73-90, hier S. 77 f.

58 Vgl. Langewiesche, Die politische Vereinsbewegung in Würzburg und in Unterfranken, S. 217, 232 f.

59 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Reg. Düsseldorf 8806, Verhandlungen des zweiten demokratischen Congresses zu Berlin, Beilage der Volksblätter (Berlin), S. 9.

60 Ebd., S. 8.

Unterfranken, die Rheinprovinz, Württemberg und die Region zwischen Hamburg/Holstein und Hannover/Braunschweig. Im wesentlichen konzentrierte sich die Arbeiterbewegung auf Städte und Gewerberegionen.

Hochburgen der katholischen Vereinsbewegung bildeten 1848/49 einerseits Schlesien mit dem einflußreichen Hauptverein in Breslau (110 Zweigvereine im Mai 1849), andererseits aber Österreich mit den großen Vereinen in Linz und Wien. Die zahlreichen badischen Vereine waren dagegen offenbar nur äußerst kurzlebige Gründungen gewesen. Schwerpunkte des katholischen Vereinswesens bestanden daneben in der Rheinprovinz, in Westfalen, in Rheinhessen und in Nassau (etwa 50 rheinhessische und nassauische Vereine im Frühjahr 1849) sowie in Altbayern (etwa 60 Zweigvereine von München). Schwierig einzuschätzen ist die regionale Verbreitung der Konstitutionellen, die im April 1849 vor allem in Sachsen (etwa 50 Vereine), den hessischen Staaten einschließlich Nassau (etwa 70 Vereine), Braunschweig (etwa 20 Vereine), Baden (etwa 30 Vereine), Württemberg sowie in der Rheinprovinz und in Westfalen (bereits im Herbst 1848 74 Vereine) eine größere Verbreitung besaßen.⁶¹ Die konservativen Vereine waren in den östlichen Provinzen Preußens, hier vor allem in Pommern, stark verbreitet, in der Rheinprovinz und in Westfalen dagegen nur wenig.

In ihren Hochburgen erreichten die politischen Vereine oft einen erstaunlichen Mobilisierungsgrad und erhebliche Mitgliederstärken. Dies galt besonders für das demokratische Vereinswesen. So besaßen die sächsischen demokratischen Vaterlandsvereine in Crimmitschau 1.200 Mitglieder bei 7.000 Einwohnern im April 1849, in Lichtenstein-Callenberg 540 Mitglieder bei 2.300 Einwohnern im September 1848 – dies entsprach 66% bzw. 90% der erwachsenen Männer.⁶² Ähnlich waren die Ergebnisse auch in Rheinhessen. Zu Recht konnte Ludwig Bamberger in seiner Neujahrsansprache 1848/49 im Demokratischen Verein in Mainz feststellen: „Unser ganzes Land ist ein einziger Demokratenverein. Die glücklichen Anlagen der Bevölkerung, die uns überall entgegenkamen, haben gewiß das Meiste beigetragen, dies großartige politische Leben in unserer Provinz zu entfalten. Allein gewiß hätten diese Anlagen ohne unser energisches Eingreifen nie diese feste und lebendige Gestalt gewonnen. Kein Unterschied mehr zwischen Stadt und Land. Ueberall

61 Die Zahlen beziehen sich mit Ausnahme der Vereine in der Rheinprovinz und Westfalen auf April 1849, vgl. *Gebhardt*, *Revolution und liberale Bewegung*, S.96 ff.; für die hessischen und nassauischen Vereine vgl. *Wettengel*, *Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum*, S. 363 ff.; für die Rheinprovinz und Westfalen *M. Seyppel*, *Die Demokratische Gesellschaft in Köln 1848/49. Städtische Gesellschaft und Parteientstehung während der bürgerlichen Revolution*, Köln 1991, S. 161.

62 *Weber*, *Die Revolution in Sachsen*, S. 252.

dieselbe politis
und das Alles
geregelt Verbi
bestanden im
Mitgliedern bei
bruar 1849 1.4
im April 1849
Vereins.⁶⁴

Diese ganz
politischen Ver
nen, die durch
Herrschaft in
wirtschaftlicher
die besondere
regionale Ident
dafür war beisp
einem kulturell
gung zu einer p
richtete sich die
Rheins: „Ihr bra
gehen, um Euc
Leben in gewis
1848. in der Mai
Integrationskraf
ihre partikularis
tische Program
solchen Gründe
spät zu einer Ve
Landesebene. L
sammen mit der
der kulturellen
Milieus, in die
sationen entstan

63 *Mainzer Zeitung*

64 *Wettengel*, *Die Re*

65 *Mainzer Zeitung*

66 Vgl. zum Milieut

kratisierung der

1918, Köln 1973

chen Strukturwan

zwischen Ham-
konzentrierte
8/49 einerseits
Zweigvereine
reinen in Linz
offenbar nur
katholischen
Westfalen, in
tische Vereine
on München).
stitutionellen,
en hessischen
eig (etwa 20
Rheinprovinz
Bere Verbrei-
en Provinzen
nprovinz und
nen erstaunli-
s galt beson-
schen demo-
er bei 7.000
itglieder bei
zw. 90% der
inhessen. Zu
1848/49 im
ist ein einzi-
ng, die uns
s großartige
hätten diese
pendige Ge-
id. Ueberall

Westfalen auf
hessischen und
-Raum, S. 363
schaft in Köln
n Revolution,

dieselbe politische Fähigkeit, überall dieselben Verhältnisse der Aufklärung, und das Alles in seinen Wirkungen hundertfach gesteigert durch eine enge, geregelte Verbindung aller Theile.“⁶³ Im rheinhessischen Kanton Nieder-Olm bestanden im April 1849 19 demokratische Vereine mit zusammen 1.938 Mitgliedern bei etwa 19.700 Einwohnern, der Verein in Worms hatte im Februar 1849 1.400 Mitglieder bei 9.450 Einwohnern, und in Ober-Olm waren im April 1849 von 1.300 Einwohnern 256 Mitglieder des demokratischen Vereins.⁶⁴

Diese ganz enormen Mobilisierungs- und Organisationserfolge des frühen politischen Vereinswesens beruhten oft auf regionalen oder lokalen Traditionen, die durch historische Erfahrungen – wie beispielsweise die französische Herrschaft in den linksrheinischen Gebieten – und durch Einflüsse infolge wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen geprägt waren. Sie bestimmten die besondere politische Kultur einer Region und formten unterschiedliche regionale Identitäten, die sich oft gegeneinander abgrenzten. Kennzeichnend dafür war beispielsweise der antipreußische Affekt der Rheinländer, der mit einem kulturell bedingten Überlegenheitsgefühl verbunden war und die Neigung zu einer politisch oppositionellen Haltung förderte. Bei den Rheinhessen richtete sich dies auch gegen die hessen-darmstädtischen Kernlande rechts des Rheins: „Ihr braucht nicht nach Pommern, ihr braucht nur nach Darmstadt zu gehen, um Euch zu überzeugen, auf welcher niederen Stufe das politische Leben in gewissen Theilen des deutschen Vaterlandes noch stehe!“ hieß es 1848 in der Mainzer Zeitung.⁶⁵ Das frühe politische Vereinswesen bezog seine Integrationskraft ganz wesentlich aus diesen regionalen Identitäten, die durch ihre partikularistische Gegensätzlichkeit jedoch die Zusammenarbeit und politische Programmbildung auf überregionaler Ebene erschwerten. Auch aus solchen Gründen kam es, um beim hessischen Beispiel zu bleiben, erst sehr spät zu einer Verbindung hessen-darmstädtischer demokratischer Vereine auf Landesebene. Lokale und regionale Identitäten und Traditionen bildeten zusammen mit der Religion, wirtschaftlichen Faktoren, sozialen Strukturen und der kulturellen Orientierung wichtige Strukturdimensionen sozialmoralischer Milieus, in die die Handelnden eingebunden waren.⁶⁶ Die politischen Organisationen entstanden in Deutschland auf der Basis solcher Milieus und dichter

63 Mainzer Zeitung 3/4.1.1849.

64 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum, S. 297.

65 Mainzer Zeitung 211/31.7.1848.

66 Vgl. zum Milieubegriff R. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: G. A. Ritter (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56-80; neuerdings auch M. Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993, S. 124 ff.

Beziehungsgeflechte im kommunalen und regionalen Umfeld. Sie bildeten die Voraussetzung für die Ausbreitungschancen von Parteiorganisationen. Die Milieus waren dabei nicht statisch, sondern veränderten sich durch soziale Interaktion und durch Erfahrung, auch wenn sich ihre Grundmuster als sehr langlebig erwiesen.

Die Mitgliedschaft in einem politischen Verein bedeutete daher oft mehr als nur ein politisches Bekenntnis. Besonders das katholische und das demokratische Vereinswesen sowie die Arbeitervereine neigten zu umfassenden, affektiv besetzten und weltanschaulich geprägten Lebensgemeinschaften, bei denen die Geselligkeit und die Festkultur wichtige Bestandteile des Vereinsalltags bildeten. Dieses umfassende Gemeinschaftsideal ging bis zur Regelung von persönlichen Streitigkeiten durch vereinsinterne Schiedsgerichte. „Wer eine Beschwerde, ein Anliegen hat, sucht Rath oder Hülfe bei der Verbindung. Die ganze Bildung, die jetzt vorwiegend politisch strebt, knüpft an sie an. So ist die organisierte Demokratie zu einer wahren Kirche geworden.“⁶⁷ Die Demokraten verstanden sich daher vielfach als „Brüder“ und „Glieder einer Familie“. Auch quasireligiöse Züge, wie sie im Zitat angeklungen waren, traten insbesondere bei Feiern und Veranstaltungen von Vereinen hervor. Ein Beispiel hierfür sind die Totenfeiern für Robert Blum, die in ganz Deutschland von demokratischen Vereinen organisiert wurden. Die demokratische Partei bestand vor Ort im städtischen Umfeld vielfach aus einem Geflecht von Organisationen, zu denen neben dem demokratischen Verein häufig auch der Turnverein, eine demokratische Lesegesellschaft und ein demokratischer Frauenverein gehörten. Treffpunkte und feste Bestandteile des demokratischen Milieus bildeten die demokratischen Vereinslokale, deren Wirte meist Vereinsmitglieder waren.

Die Struktur der Vereinsverbände auf nationaler Ebene war bei allen politischen Richtungen locker, dezentral und föderativ. Nur die entschiedenen Demokraten bemühten sich verstärkt um eine straffe, zentralistische Organisation. Der Versuch des demokratischen Central-Ausschusses, eine wirkliche Zentralisierung der angeschlossenen Vereine zu erreichen, scheiterte jedoch. In der Regel handelte es sich bei den entstehenden Parteiorganisationen um nationale Dachverbände, denen die Landes- und Bezirksverbände oder auch die Einzelvereine angeschlossen waren. Feste Spitzengremien, wie beim Centralmärzverein und beim Central-Ausschuß, waren die Ausnahmen. Meist wurden die Vereinsverbände durch feste oder turnusmäßig wechselnde Vororte „geleitet“. Die Spitzengremien hatten nur geschäftsführende oder durchführende Kompetenzen. Die koordinierenden und programmatischen Initiativen der Zentrale des Centralmärzvereins gingen im Vergleich mit anderen Verbänden mit am

⁶⁷ Mainzer Zeitung 339/27.12.1848.

⁶⁸ Bamberger,
⁶⁹ Wetterauer

weitesten. Die Vollversammlung der Mitgliedsvereine war in allen frühen Parteiorganisationen das am ehesten entscheidungsbefugte Gremium. Der Gründungskongreß des Nationalen Vereins und der zweite Katholikentag in Breslau zeigten jedoch, daß auch Mehrheitsentscheidungen letztlich nicht gegen den Widerstand starker Mitgliedsvereine durchsetzbar waren: Entweder die Einzelvereine drohten – wie beim Nationalen Verein – mit ihrem Austritt, oder sie ignorierten die Beschlüsse der Mitgliederversammlung.

Die Organisation der Landes- und Bezirksverbände war meist etwas straffer. Der Grad der Zentralisierung wies sowohl regional als auch nach politischen Richtungen sehr große Unterschiede auf. Am stärksten durchorganisiert waren die demokratischen Verbände, am schwächsten konservative Zusammenschlüsse. Eine besonders straffe Organisation besaß beispielsweise der demokratische Bezirksverband Rheinhessen, der noch über eine Binnenstruktur auf Kantonalebene mit Kantonalverbänden, Kantonaltagen und Statuten verfügte. Der Bezirksverband wurde von dem Vorort Mainz und einem festen Ausschuß geleitet, aus dem später das demokratische Provinzialkomitee hervorging, das während der Reichsverfassungskampagne den Abzug bewaffneter Verbände in die Pfalz organisierte. Zu Recht bezeichnete Bamberger dieses Komitee später als „eine Art Volksregierung.“⁶⁸ Aber auch in Rheinhessen war der Bezirkstag der Mitgliedsvereine letztlich entscheidungsbefugt, nicht der Vorort oder der leitende Ausschuß.

Diese schwachen Organisationsstrukturen lagen nicht nur an organisations-technischen und Kommunikationsproblemen, sondern oft auch am Selbstverständnis und am Selbstbewußtsein der Einzelvereine. So stieß beispielsweise schon der Tonfall eines Schreibens des oberhessischen demokratischen Bezirksvorortes bei einigen Vereinen auf Kritik: „Könnte diese Aufforderung nicht ein prächtiges Muster für einen Regimentsbefehl abgeben?“ wurde in ironischer Weise öffentlich gefragt.⁶⁹ Sofern es sich nicht nur um Filialen eines größeren Vereins handelte, legten die lokalen Vereine ungeachtet ihrer politischen Ausrichtung meist großen Wert auf ihre Unabhängigkeit und registrierten empfindlich jeden Anschein einer Bevormundung durch die Zentrale des Vereinsverbandes. Viele Vereine schlossen sich gerade auch aus solchen Gründen, oder weil sie in ihrer politischen Ausrichtung noch nicht festgelegt waren, keinem Verband an. Eine lockere, dezentrale und regionalistische Verbandsstruktur kam daher dem Vereinswesen der Revolutionszeit in hohem Maße entgegen.

⁶⁸ Bamberger, *Erinnerungen*, S. 157.

⁶⁹ Wetterauer Volksblatt (Friedberg) 8/27.1.1849.

Der Organisationsgrad der Vereinsverbände war sehr unterschiedlich. Ohnedies war es nicht die Mitgliedschaft bei einem bestimmten Vereinsverband, sondern die politische Ausrichtung eines Vereins, die im Verständnis der Zeitgenossen seine Zugehörigkeit zu einer politischen „Partei“ ausmachte. Auch die Kurzlebigkeit vieler Vereine und ihre unterschiedliche Aktivität erschweren präzise Aussagen. Am höchsten war der Organisationsgrad in der Regel bei den Bezirksverbänden, die oft eine vollständige Erfassung der politischen Vereine einer bestimmten Richtung und eine große Resonanz bei den Vereinstagen erzielen konnten. So entsandten mehr als 85 % der angeschlossenen Vereine Delegierte zu den Bezirkstagen der rheinhessischen Demokraten. Auf nationaler Ebene war der Organisationsgrad dagegen deutlich geringer. Noch am höchsten dürfte er bei der Arbeiterverbrüderung und beim Katholischen Verein Deutschlands gewesen sein. Beim Centralmärzverein verhinderte der Gegensatz zwischen entschiedenen Republikanern und gemäßigten Demokraten eine umfassendere Beteiligung aller demokratischen Vereine. Den niedrigsten Organisationsgrad dürfte aber der Nationale Verein besessen haben, denn ihm hatten sich vermutlich weniger als ein Drittel aller konstitutionellen Vereine angeschlossen.

Das demokratische Vereinswesen besaß auch die besten Verbindungen zu Abgeordneten und Fraktionen in Parlamenten. In förmlich institutionalisierter Weise gelang dies nur dem Centralmärzverein, auch wenn grundsätzlich alle Verbände Beziehungen zu ihnen nahestehenden Abgeordneten anstrebten. Sowohl in der Nationalversammlung als auch in den Landtagen organisierten sich die Abgeordneten in Fraktionen, die sich bald auch Programme gaben und Fraktionsdisziplin durchsetzten. Die programmatische und organisatorische Festigung der Fraktionen vollzog sich aber meist erst nach den außerparlamentarischen Organisationen. Mit der Differenzierung der politischen Parteien kam es im weiteren Verlauf der Revolutionsjahre bei Neu- oder Nachwahlen zunehmend zu Wahlkämpfen. Ein Wahlsieg erforderte jetzt auch die Unterstützung durch eine politische Organisation und die regionale Presse. Dadurch wandelte sich das Selbstverständnis der Abgeordneten, die sich nun ihren Wahlkreisen verpflichtet fühlten und auf Volksversammlungen Rechenschaftsberichte ablegten. Die verschiedenen Parteivereine organisierten den Wahlkampf für jeweils „ihre“ Kandidaten. Auch auf niedrigerer Ebene der politischen Repräsentation, beispielsweise bei kommunalen Körperschaften, wurde eine Durchsetzung eigener Kandidaten angestrebt. Die Ausdehnung des Wahlrechts, die 1848 stattgefunden hatte, erwies sich somit als ein Motor für die Parteibildung. Am weitesten ging diese Wahlkampforganisation – bis hin zu detaillierten Wahlinstruktionen – bei den Demokraten.

Auch
nehmend
wurden, i
nen. Sie
gen und
parlame
Weise di
waren hi
Organisa
Anfang p
Reizthem
Die Pr
Fraktion
dung part
gesteigert
zahlreiche
Berichters
lichkeit. 2
kurzlebig
Da'zahlre
Lande, ne
richten ei
Zeitungen
Gemeinde
Die Zeitu
Mitteilung
ten auf die
darstellung
tungsbesti
haupt erst
parteiähn
Parteivere
kein' Zufal
wesen ein
Versuc
wie beisp
waren dag
gelegten F
So gaben

Auch die Petitionen an Landtage und an die Nationalversammlung, die zunehmend in massenhafter Form durch die Vereine initiiert und organisiert wurden, intensivierten die Verbindungen zu den Abgeordneten in den Fraktionen. Sie machten bereits einen beachtlichen Anteil der insgesamt bei Landtagen und der Nationalversammlung eingegangenen Petitionen aus. Die außerparlamentarischen Organisationen unterstützten und legitimierten auf diese Weise die in den Parlamenten vorgetragenen Positionen. Besonders erfolgreich waren hier die katholischen Vereine und die Demokraten. Die von politischen Organisationen initiierten Petitionsbewegungen der Revolutionszeit stehen am Anfang parteipolitischer Agitation und Massenmobilisierung zu bestimmten Reizthemen.

Die Presse spielte eine entscheidende Rolle beim Zusammenspiel zwischen Fraktionen und außerparlamentarischen Organisationen und für die Herausbildung parteiähnlicher Strukturen. Die Einführung der Pressefreiheit und eine gesteigerte Nachfrage nach neuesten Nachrichten hatten 1848 zur Entstehung zahlreicher Zeitungen geführt. Erstmals war in ganz Deutschland eine freie Berichterstattung möglich, und es existierte eine breite interessierte Öffentlichkeit. Zwar erwies sich ein großer Teil der Zeitungsgründungen als recht kurzlebig, dennoch trugen sie zur Herausbildung einer politischen Presse bei. Da zahlreiche Angehörige der unteren Sozialschichten, besonders auf dem Lande, noch Analphabeten waren, bildete das Vorlesen von Zeitungsnachrichten einen wichtigen Bestandteil der Sitzungen vieler politischer Vereine. Zeitungen förderten damit die Attraktivität von Vereinen gerade in ländlichen Gemeinden, wo sie oft die einzige Quelle für aktuelle Nachrichten darstellten. Die Zeitungen wurden häufig zu „Organen“ von Parteivereinen, indem sie Mitteilungen und Berichte über Vereinsveranstaltungen abdruckten. Sie dienten auf diese Weise der internen Kommunikation der Parteivereine, der Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit, der Wahlwerbung und der politischen Richtungsbestimmung innerhalb der „Parteien“. Die Zeitungen ermöglichten überhaupt erst dauerhafte Verbindungen zwischen Vereinen und die Entstehung parteiähnlicher Strukturen. Solche Parteiorgane beeinflussten die Politik „ihrer“ Parteivereine durch ihre Berichterstattung aber auch maßgeblich, und es ist kein Zufall, daß viele Redakteure Führungspositionen im politischen Vereinswesen einnahmen.

Versuche von Parteivereinen, eigene Publikationsorgane herauszugeben, wie beispielsweise die „Blätter des Nationalen Vereines für Deutschland“, waren dagegen meist wenig erfolgreich. Solche als Korrespondenzblätter angelegten Parteizeitungen entwickelten sich eher im parlamentarischen Raum. So gaben einige Fraktionen in der Frankfurter Nationalversammlung Parla-

mentskorrespondenzen heraus und versuchten auf diese Weise, die Öffentlichkeit zu beeinflussen.⁷⁰ Nicht selten bildeten sich Zeitungen als wirtschaftliche Projekte und gleichzeitig als Sprachrohre bestimmter politischer Richtungen, so daß sogar der Name einer Zeitung synonym mit einer bestimmten „Partei“ verwendet wurde. In den meisten Fällen entwickelten sich Zeitungen aber erst im Laufe des politischen Differenzierungsprozesses zu Parteiorganen – wohl nicht zuletzt, weil dies in den Vereinshochburgen der Revolutionszeit auch wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen konnte. Gelegentlich nahmen Zeitungen ihre Funktion als Organ eines bestimmten Vereins in das Titelblatt mit auf. Für einen Parteiverein erwies es sich als günstig, wenn er über mehrere Parteiorgane verfügte. Aufgrund der territorial geprägten Zeitungslandschaft war dies für nationale Vereinsverbände besonders wichtig, um wirklich eine Breitenwirkung zu erzielen. Beispielhaft dafür war der Centralmärzverein, dessen Zentrale Ende Februar 1849 eine Liste von 257 Zeitungen aufstellte, die einem Abdruck von Mitteilungen des Vereins aufgeschlossen gegenüberstanden, und von denen 53 solche bereits veröffentlicht hatten.⁷¹ Das Verzeichnis war jedoch unvollständig, und offenbar druckten demokratisch orientierte Zeitungen und Mitgliedsvereine auch auf eigene Initiative die Mitteilungen des Centralmärzvereins ab. Der Erfolg des Centralmärzvereins dürfte unter anderem gerade auf ein dichtes Netz von meist regionalen Publikationsorganen zurückzuführen gewesen sein. Auch konstitutionelle Liberale erkannten frühzeitig die Bedeutung der Zeitungen für die Parteibildung, wie der Elberfelder Konstitutionelle Klub, der im Mai 1848 vorschlug, daß die Vereine gleicher Tendenz durch gegenseitiges Abonnement ihrer Organe eine „konstitutionell-monarchische Partei“ schaffen sollten.⁷²

3 Ausblick

Das politische Vereinswesen wurde bereits während der Revolutionszeit erneut zum Gegenstand einer intensiven polizeilichen Überwachung. Liberale Märzministerien verhängten gegen die demokratische Opposition Vereinsverbote.

⁷⁰ Vgl. *Langewiesche*, Die Anfänge der deutschen Parteien, S. 335 f.; *L. Bergsträsser*, Entstehung und Entwicklung der Parteikorrespondenzen in Deutschland im Jahre 1848/49, in: *Zeitungswissenschaft* 8, Nr. 1, 15.1.1933, S. 12-25; vgl. als Überblick über die Literatur *M. Henkel/R. Taubert*, Die deutsche Presse 1848-1850. Eine Bibliographie, München u.a. 1986.

⁷¹ BAF ZSg 8/33, Nr. 23, „Verzeichniß“.

⁷² Neue Rheinische Zeitung (Köln) 4/4.6.1848.

Öffentlich-
schaftliche
richtungen,
n „Partei“
n aber erst
en – wohl
szeit auch
en Zeitun-
tt mit auf-
ere Partei-
chaft war
eine Brei-
in, dessen
die einem
nden, und
is war je-
Zeitungen
s Central-
rem gera-
zurückzü-
zeitig die
Konstitu-
Tendenz
ll-monar-
entneut
le März-
sverbote.

So wurden die demokratischen Vereine in Baden schon am 22.7.1848 verbo-
ten, und im benachbarten Großherzogtum Hessen wurde ein solches Verbot
zumindest erwogen. Der Septemberaufstand in Frankfurt 1848 führte mit dem
Zirkularerlaß des Reichsinnenministeriums und des Reichsjustizministeriums
vom 3.10.1848 zu einer Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen.⁷³ Sie
mündeten nach der gescheiterten Reichsverfassungskampagne häufig in gene-
rellen Verböten sämtlicher politischer Vereine, denen nicht nur die demokrati-
schen und Arbeitervereine zum Opfer fielen, so beispielsweise in Bayern im
Februar 1850 und in Hessen-Darmstadt im Oktober 1850. Im Juli 1854 wurde
gemäß Bundesbeschluß die Zulassung von Vereinen untersagt, deren Ziele mit
der Gesetzgebung nicht im Einklang standen oder die öffentliche Sicherheit
und Ordnung gefährdeten.⁷⁴

5. Genauso folgenreich wie solche Vereinsverbote waren die strenge polizeili-
che Überwachung der politischen Vereine und die Abschnürung ihrer Wirk-
ungsmöglichkeiten. Hierzu gehörten Einschränkungen der Versammlungs-
freiheit und der Pressefreiheit, Unterbindung der Beziehungen zu anderen
Vereinen sowie Beschränkungen des Wahlrechts. Ohne freie Presse und eine
freie politische Öffentlichkeit, ohne Agitationsmöglichkeiten und ein gemein-
sames Wirken gleichgesinnter Vereine hatten politische Vereine ihren Sinn
verloren. Sie lösten sich daher auch in jenen Ländern auf, die keine direkten
Verbote aussprachen. Besonders deutlich wurde dies bei jenen Piusvereinen,
die sich nach dem zweiten Katholikentag in Breslau von allgemeinpolitischen
Diskussionen und Aktivitäten fernhielten. Entweder ähnelten sie immer mehr
traditionellen kirchlichen Vereinigungen, oder sie verkümmerten und lösten
sich schließlich auf, weil ihrem öffentlichen Wirken der Boden entzogen war.

10. Es wäre jedoch verfehlt, Verbote und Erschlaffung an das Ende einer Dar-
stellung der Parteibildungen in der Revolutionszeit zu stellen, ohne auf Konti-
nuitäten und Neuansätze zu verweisen. Vor dem Hintergrund langfristiger
Entwicklungen werden vielmehr die Herausbildung politischer Kommunikati-
onsstrukturen auf nationaler Ebene, die Anfänge einer politischen Massenge-
sellschaft und die prinzipielle Akzeptanz von Parteiorganisationen als Mittel
der Politik bis ins konservative Lager hervorzuheben sein. In seinen Grundzü-

73 Vgl. W. Siemann, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“. Die Anfänge der politischen
Polizei 1806-1866, Tübingen 1985, S. 226 ff., 232 ff., 357 ff., 407, 429.

74 Bundesbeschluß über Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im
Deutschen Bunde, insbesondere das Vereinswesen betreffend, vom 13. Juli 1854, abgedr. in: E.
R. Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Deutsche Verfas-
sungsdokumente 1851-1900, 3. Aufl., Stuttgart 1986, S. 7 f.; vgl. Fenske, Deutsche Parteienge-
schichte, S. 81 f.

gen blieb das Parteiensystem der Revolutionsjahre bis ins 20. Jahrhundert für Parteiwesen und Parlamentarismus in Deutschland bestimmend.

Vor allem waren es auch die Organisationserfahrungen im politischen Vereinswesen von 1848/49, die länger wirkten. Die „Achtundvierziger“ waren keine „verlorene Generation“. 1848 bildete vielmehr eine Umbruchszeit, die den Aufstieg einer neuen politischen Elite ermöglichte. So wurde beispielsweise die politische Karriere vieler Abgeordneter der Nationalversammlung durch die Reaktionszeit nur unterbrochen, aber nicht abgebrochen. Der Erfahrungshintergrund der Revolution prägte eine ganze Politikergeneration in der Reichsgründungszeit. Die politischen Milieus und Beziehungsgeflechte, auf denen das politische Vereinswesen von 1848/49 beruhte, erwiesen sich als erstaunlich stabil. Sie überdauerten die Reaktionsära und bildeten den Ausgangspunkt für die Neuentstehung von Parteien Anfang der 1860er Jahre. Ludwig Bamberger berichtete in seinen Erinnerungen über den Neuanfang in Rheinhessen: „Die Parteiorganisation, welche wir damals schufen, überlebte in ihrer Überlieferung die Reaktionszeit der fünfziger Jahre, und als ich nach achtzehn Jahren mit meiner Kandidatur für das Zollparlament unter ganz veränderten Umständen und in einer wesentlich anderen Richtung meinen Wahlfeldzug führte, waren es noch die Grundlagen jener alten Vereinsbildung und ihrer Methode, welche zu meinem Erfolg ein gutes Stück beitrugen und so mir die Früchte einer längst vergangenen Arbeit einbrachten, [...]“⁷⁵

Die liberalen und demokratischen Parteiorganisationen, die unter veränderten Vorzeichen in den 1860er Jahren neu entstanden, gaben zwar das alte Modell föderativer Vereinszusammenschlüsse zugunsten einer zentralistischen Verbandsstruktur auf, doch beruhten auch sie noch auf Vereinsgeflechten auf der regionalen und lokalen Ebene. Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch die beachtliche Vereinskontinuität bei der Arbeiterbewegung: Knapp die Hälfte der 1860-64 neu entstehenden Vereinsorte besaß Vorgänger in der Revolutionszeit.⁷⁶ Liberale und Demokraten bezogen sich häufig explizit auf die Reichsverfassung von 1849 und die Paulskirche. Auch in anderer Hinsicht werden Kontinuitäten bis weit in die zweite Jahrhunderthälfte deutlich: Die Abneigung gegen straffe Organisationen blieb für die liberalen Parteien charakteristisch, während die Demokraten festere Organisationsstrukturen bevorzugten. Der politische Katholizismus behielt noch im Kaiserreich die Kombination von Parlamentsfraktion und außerparlamentarischem Vereinswesen bei.

⁷⁵ Bamberger, Erinnerungen, S. 79.

⁷⁶ Vgl. Offermann, Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung, S. 445 ff.; A. Biefang, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994, S. 431 ff.

Allerdings
Einheit und
waren noch
Der demokr
darauf verw
der örtliche
legend ände
mus als „G
urteilte Lud
ten Deutsch
räten, hat sic
chen verstar
dem politisc
Arbeiterpoli
der katholis
Landbevölke

Der Kons
teioorganisati
unterbürgerl
gewann der
Anhängersch
antirevolutio
stig die Dem
Jahren demo
Stärke anzuk
gerlichen Re
ziehungskra
der bedeuts
Revolution z
mals gehörte
Demokraten
oder Sozialde

⁷⁷ Mainzer Zeit
⁷⁸ L. A. von I
Deutschlands
326.

⁷⁹ Vgl. Biefang,
verdanke.

20. Jahrhundert für
end.

im politischen Ver-
undvierziger“ waren
e Umbruchszeit, die
wurde beispielsweise
Versammlung durch
en. Der Erfahrungs-
ergeneration in der
hungsgeflechte, auf
e, erwiesen sich als
l bildeten den Aus-
g der 1860er Jahre
er den Neuanfang in
chufen, überlebte in
e, und als ich nach
ment unter ganz ver-
rtung meinen Wahl-
Vereinsbildung und
beitragen und so mir
J.“⁷⁵

die unter veränder-
aben zwar das alte
iner zentralistischen
ereinsgeflechten auf
usammenhang auch
egung: Knapp die
-Vorgänger in der
häufig explizit auf
in anderer Hinsicht
hälfte deutlich: Die
eralen Parteien cha-
nsstrukturen bevor-
erreich die Kombi-
Vereinswesen bei.

iterbewegung, S. 445 ff.
nale Organisationen und

Allerdings verfügte der politische Katholizismus 1848 noch nicht über die Einheit und Geschlossenheit, die er im Kulturkampf erreichte. Die Piusvereine waren noch nicht die Parteivereine der katholischen Bevölkerungsmehrheit. Der demokratische Verein in Mainz konnte daher im Dezember 1848 hämisch darauf verweisen, daß er doppelt so viele Katholiken als Mitglieder zählte wie der örtliche Piusverein.⁷⁷ Dies sollte sich in den folgenden Jahrzehnten grundlegend ändern. Schon früh wurde von Zeitgenossen der politische Katholizismus als „Gewinner“ der Revolution ausgemacht. Stellvertretend für viele urteilte Ludwig August von Rochau: „Seitdem die öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands durch die sogenannte Märzrevolution von 1848 in Fluß geraten, hat sich niemand die Zeit und die Gelegenheiten besser zunutze zu machen verstanden als die katholische Kirche.“⁷⁸ In den 1860er Jahren gelang es dem politischen Katholizismus, gestützt auf sein Vereinsnetz, durch seine Arbeiterpolitik sein Wählerreservoir auszuweiten. Die soziale Heterogenität der katholischen Vereine und ihre Anhängerschaft unter der katholischen Landbevölkerung blieben aber auch noch für die Zentrumsparterie bestimmend.

Der Konservatismus formierte sich in der Revolution von 1848/49 als Parteiorganisation mit beachtlicher Stärke und einer Wählerklientel, die sogar unterbürgerliche Schichten umfassen konnte. Schon in der Revolutionszeit gewann der Konservatismus in den Krieger- und Veteranenvereinen eine große Anhängerschaft, die im Zuge der Einigungskriege weiter anwuchs und eine antirevolutionäre Kraft bildete. Zu den „Verlierern“ zählten dagegen langfristig die Demokraten. Zwar bildeten sich in Südwestdeutschland in den 1860er Jahren demokratische Parteien neu, doch vermochten sie nicht an ihre frühere Stärke anzuknüpfen. Dies ging einher mit dem völligen Niedergang des bürgerlichen Republikanismus als politischer Kraft und dem Schwinden der Anziehungskraft plebiszitär-demokratischer Konzepte.⁷⁹ Hierin ist vielleicht eine der bedeutsamsten und folgenreichsten Zäsuren infolge des Scheiterns der Revolution zu sehen. Von der Reichsgründung, zu deren Verlierern sie abermals gehörten, erholten sich die demokratischen Parteien nicht mehr. Die Demokraten konnten sich auf Dauer nur noch im Verbund mit den Liberalen oder Sozialdemokraten behaupten.

⁷⁷ Mainzer Zeitung 320/5.12.1848.

⁷⁸ L. A. von Rochau, Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Zweiter Teil (von 1869), hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt u.a. 1972, S. 326.

⁷⁹ Vgl. Biefang, Politisches Bürgertum in Deutschland, S. 43 ff., dem ich hier wichtige Einsichten verdanke.